

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juni 1998 Nummer 202
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Landfrauen-Bewegung

In ihrer 100jährigen Geschichte hat sich die Landfrauenbewegung verändert. Von der Vertretung eines relativ homogene, auf die klassische Bäuerinnenrolle ausgerichteten Klientels hin zu einem Verband für Frauen im ländlichen Raum, der die Entwicklung zu individuellen Berufs- und Lebensbiographien fördert. Ein Jubiläumskommentar auf Seite 2



Kein westfälischer Frieden

Die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe braucht einen neuen Direktor. Daran entzündet sich ein Machtkampf zwischen Bauernverband und NRW-Landwirtschaftsministerin. Ein festgerittenes Drama auf den **Seiten 6-7**

Frischer Wind im AgrarBündnis

Wenn es bei der EU-Silomaisprämie bleibt, dann müssen wenigstens Grünland und Klee gras in der Förderung gleichgestellt werden, so die Mitgliederversammlung des AgrarBündnisses, die einen neuen Vorstand wählte. Die aktuelle Bedeutung des Bündnisses von Landwirtschaft, Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzverbänden wurde betont, **Seite 4**. Eine Möglichkeit dazu ließ leider der BUND in seiner Fleischkampagne bisher ungenutzt, **Seite 10**

Bio-Schweine im Zyklus

Anders als noch vor einem halben Jahr übersteigt das Angebot an Bio-Schweinen die Nachfrage mit der Folge, daß die Preise sinken. Ein anderes Preisproblem: Weil auf der anderen Seite im letzten Jahr das Angebot an Bio-Ferkeln nicht ausreichte, wurden billigere konventionelle Ferkel aufgestellt. Die Folgen auf **Seite 3**

Wendland-Milch jetzt nach Hameln

Eine schwierige Zusammenarbeit zwischen einer regionalen Bio-Milch-Erzeugergemeinschaft und einer konventionellen Genossenschafts-Molkerei hat ein Ende – die Wendländer fusionierten mit Bioland Nord und lassen nun in Hameln verarbeiten. Was waren die Probleme? **Seite 9**

Vielfältige Pflanzenzüchtung

Eine alternative Biodiversitätskonferenz, der Nachbaugebührenstreit, ein Projekt mit alten Kartoffelsorten, die Eröffnung der Gen-Freisetzungssaison und die Verabschiedung der EU-Patentrichtlinie sind die Themen des Schwerpunktes auf den **Seiten 11-14**

Weitere Themen

Zum GATT-Jubiläum kam auch „La Via Campesina“ nach Genf auf **Seite 16**, in Luxemburg gibt es ein interessantes Konzept zur EU-Agrarpolitik auf **Seite 15**, zwischen deutschen Spargeldämmen gibt es Grabenkämpfe auf **Seite 2**, die EU kennzeichnet Gen-Soja und Gen-Mais auf **Seite 10**

Uns AbLer freut es natürlich besonders, daß der Deutsche Landfrauenverband unser Motto vom Bauerntag in Körle 1995 für sein Jubiläumsjahr übernommen hat. Stellt sich die Frage, haben wir dasselbe Ziel? Viele Bäuerinnen und Bauern braucht unser Land! Mit unserer politischen Arbeit vor Ort, auf Landes- und Bundesebene verfolgen wir dieses Ziel.

Und die Landfrauen, was treibt sie, was wollen sie und für wen?

„Vielleicht geht's mit vierzig erst richtig los“¹ dachte eine 42-jährige Frau aus einem kleinen Dorf in Niedersachsen und besuchte zum ersten Mal eine Versammlung des örtlichen Landfrauenvereins.



Sie hat ihre Kinder 'aus dem Gröbsten raus' und suchte zusätzlich zu ihrer Berufs-, Haus- und Familienarbeit neue interessante Aktivitäten für ihre persönliche Entwicklung. Als sie sich an diesem Nachmittag im Saal umschaute, hatte sie statt dessen das Gefühl, jetzt zur älteren Generation zu gehören. Die Vorsitzende trug ein Gedicht vor, Liederbücher wurden verteilt, ein Dia-Vortrag folgte, Kaffee und Kuchen inklusive.

Ein Spiegelbild der Landfrauenarbeit vor Ort? Vor 100 Jahren am 2. Februar 1898 gründete Elisabeth Boehm den ersten landwirtschaftlichen Hausfrauenverein. Vor 50 Jahren am 19. Oktober 1948 gründeten engagierte Bäuerinnen den Deutschen Landfrauenverein e.V.

Zu Beginn der Landfrauenbewegung stand die wirtschaftliche Selbständigkeit der Bäuerinnen im Vordergrund der Verbandsarbeit.

KOMMENTAR

Land in Sicht

Auch wenn die wirtschaftliche Selbständigkeit bis heute nur wenige Bäuerinnen verwirklichen konnten, engagieren sich die Landfrauenverbände in den letzten 50 Jahren für die berufliche Ausbildung, die Qualifikation und Persönlichkeitsentwicklung von Frauen im ländlichen Raum ebenso wie für den Erhalt von bäuerlichen Traditionen und dörflicher Kultur.

Für dieses Engagement danke ich – auch im Namen vieler AbLer – allen Landfrauen an dieser Stelle ausdrücklich.

Heute bilden der Erhalt von Lebensqualität in den Dörfern, Existenzsicherung und Einkommensalternativen im Ländlichen Raum Schwerpunkte der Arbeit. Auch die Agrarpolitik in unserem Lande, in Europa und weltweit beschäftigt die gewählten Vertreterinnen auf Landes- und Bundesebene.

Aber wo findet an der Basis die Meinungsbildung statt? In welchen Landfrauenverbänden vor Ort werden beispielsweise agrarpolitische Leitbilder zur Diskussion gestellt?

Bäuerinnen sind heute ausgebildete Landwirtinnen, Hauswirtschafterinnen, Unternehmerinnen, Nebenerwerbsbäuerinnen, außerlandwirtschaftlich Berufstätige mit und ohne landwirtschaftlichen Nebenjob, usw.

Unterscheiden sich die Interessen dieser Frauen? Wenn ja, wessen Interessen vertritt der Landfrauenverband heute und in Zukunft?

Darüber hinaus unterscheiden sich noch die Interessen der Frauen, die ihre Existenz (noch) auf einem Hof sichern müssen/wollen und der Frauen, die „nur“ auf dem Land leben. Diese unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen, erfordert nicht nur einen Spagat.

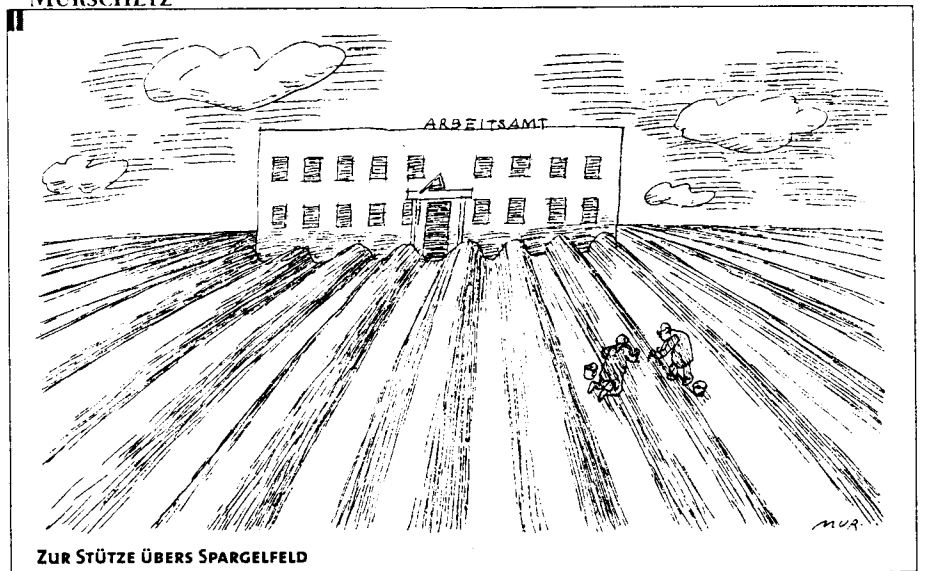
Bäuerinnen sind heute in den Landfrauenverbänden als Frauen aus dem ländlichen Raum vertreten. Aber wer vertritt ihre Interessen als Bäuerinnen?

Ulrike Hellberg-Manke,

AbL-Landesvorsitzende in Niedersachsen

1) "Vielleicht geht's mit vierzig erst richtig los", Buchtitel

MURSCHEZ



Aus: DIE ZEIT vom 29.4.98

Nichts für Spargeltarzane

Der Streit um deutsche Arbeitslose als Saisonarbeitskräfte

Motivationsprobleme, körperliche Verschleißerscheinungen, mangelhafte Leistungen“, so charakterisiert der Bauernverband „nach den ersten Erfahrungen in den Spargelanbaugebieten“, die Schwierigkeiten mit dem Einsatz deutscher Arbeitsloser als Saisonarbeitskräfte. Nachdem das Bundesarbeitsministerium festgelegt hatte, daß ab diesem Jahr nur noch 85 % der bisher jährlich in Deutschland tätigen ausländischen landwirtschaftlichen Saisonarbeitskräfte eingesetzt werden dürfen, scheint nun die Situation an einer ersten Arbeitsspitze, der Erntezeit des königlichen Gemüses, zu eskalieren. Während z. B. der Verband Süddeutscher Spargelanbauer von einem Arbeitskräftemangel mit „katastrophalen Auswirkungen“, 2 – 2,5 Mio DM Schaden aufgrund vorzeitig umgepflügter Äcker und von der Erwägung einer Klage gegen die Bundesanstalt für Arbeit oder das Bundesarbeitsministerium sprechen, sowie auch ein niedersächsischer Landwirt einen Musterprozeß anstrengen will, entrüstet sich das Ministerium über „Stimmungsmache“ mit dem Hinweis, daß wegen der heißen Maitage frühzeitig Spargelfelder umgebrochen wurden. Die Frontlinien verlaufen aber auch über kreuz, so bekundet z. B. der Verband Südbayerischer Spargelerzeuger, keine Schwierigkeiten mit der neuen Regelung zu haben, daß sei wohl mehr ein Problem der „norddeutschen agrarindustriellen Großstrukturen.“ Eben dort haben sich aber auch SpargelanbauerInnen und Arbeitsämter zusammengetan, Beschäftigungsagenturen gegründet, Personal und Fahrzeuge bereitgestellt und können vorzeigbare Vermittlungserfolge verbuchen. Nicht einmal die politischen Parteien sind sich einig: während FDP-Generalsekretär Westerwelle die Rücknahme der Regelung forderte, zeigte sein Fraktionsvorsitzender Solms beim Praxiseinsatz zwischen den Dämmen, daß Spargelstechen auch für Schreibtischtäter machbar ist. Vorbehalte und gekränkte Eitelkeiten räumt so eine Aktion aber nur bedingt aus, zu tief sitzen die Klischees von „den Arbeitslosen, die sich zu schade sind“ bei Bäuerinnen und Bauern und „die wollen bloß billige 10-Mark-die-Stunde-Arbeitskräfte, die schufteten bis zum Umfallen“, bei Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen. Mit der Idee der Bundesregierung, der Massenarbeitslosigkeit ausgerechnet mit einer zwangsweisen, undifferenzierten Massenmobilisierung von Arbeitslosen ein Schnippchen zu schlagen ist, soviel wurde deutlich, weder der einen noch der anderen Seite so richtig gedient. Dieses Defizit sorgt derzeit positiverweise mit dafür, daß diverse Fortbildungsinitiativen zwischen Landwirtschaft und Arbeitsämtern entstehen (z.B. Projekt „Arbeitsplatz“ in Rheinland-Pfalz), in denen Arbeitslosen theoretische und praktische landwirtschaftliche Grundkenntnisse vermittelt werden soll. Das erspart hoffentlich beiden Seiten demnächst ein paar Frustrationen und erkennt endlich an, daß auch die Landwirtschaft ein Arbeitsfeld ist, für das bestimmtes Wissen und gewisse Zuneigung von Nöten sind. CS

Wir laden ein zur ordentlichen und offenen

Gesellschafterversammlung

der ABL Bauernblatt Verlags-GmbH

am Samstag, 27. Juni 1998, 14.00 – 18.00 Uhr
in Würzburg

Akademie Frankenwarte (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Hauptthema: Auswertung und Diskussion der

LeserInnen-Umfrage der Bauernstimme

Dazu wird Götz Schmidt die Ergebnisse der Auswertung vorstellen. Die Diskussion ist Teil des Prozesses zur Weiterentwicklung der Zeitung.

Die Gesellschafterversammlung wird im Anschluß an die Tagung von AbL und Friedrich-Ebert-Stiftung stattfinden – siehe Seite 23.

Anmeldungen bitte an:
ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelderstr. 14,
33378 Rheda-Wiedenbrück, Fax: 05242-47838

Bio-Schweine im Schweinezyklus

Angebot übersteigt Nachfrage, Preise werden nach unten gezogen, auch durch konventionelle Ferkel

Der „Markt“ hält Einzug in den Bio-Schweinemarkt. Vom Markt sprechen Vermarkter vor allem dann, wenn die Preise nicht mehr den gewohnten Vorstellungen der Bauern entsprechen. Dann wird an Angebot und Nachfrage erinnert, die bei der Preisgestaltung mitreden, wenn auch sicher nicht alleine – hinzu kommen unterschiedliche Produktionsbedingungen und die wachsende Unsicherheit durch die brodelnde Gerüchteküche.

Haben bis Ende letzten Jahres die Bio-Vermarkter, die Verträge mit großen Lebensmittelhandelsketten abgeschlossen haben, noch per Pressemeldungen Bio-Schweine gesucht, so sieht das seit Anfang dieses Jahres anders aus. Bioland Nord hat nun per Rundschreiben an die Bauern auf die Bremse getreten. Jetzt herrscht das Bemühen, das „wilde Aufstallen“, wie es ein baden-württembergischer Vermarkter bezeichnet, zu koordinieren. Es gibt momentan nicht eben zu wenig Bioschweine. Und wie sich der junge Absatz in den Supermärkten entwickelt ist offen. Den reinen Boom scheint es bislang nicht zu geben. Also rufen die Bio-Erzeugergemeinschaften zur Besonnenheit auf.

Wildes Aufstallen

Die Mengen der vermarkteten Bioschweine sind halt noch so gering, daß es sich stark bemerkbar macht, wenn ein paar Dutzend Betriebe zeitgleich in die Schweinemast einsteigen und entsprechend ein paar Monate später bei den Vermarktern der Erzeugergemeinschaften anrufen.

„Alles, was da an Bio-Ferkeln rumlief, ist gemästet worden. Das geht sogar soweit, daß einige Rinderhalter jetzt im Sommer in den freistehenden Rinderbuchten Ferkel aufgestellt haben“, berichtet Heiner Iversen, Bioland-Schweinemäster in Schleswig-Holstein. In anderen Gegenden sieht es seit Sommer letzten Jahres ähnlich aus. Und weil die Erzeugergemeinschaften nicht alles absetzen können, macht sich unter den Erzeugern Nervosität breit, zumindest bei denen, die nicht über langjährige Lieferbeziehungen mit Metzgern verfügen. Preise von 5,50 bis 6,50 DM/kg Schlachtgewicht werden nur noch in der Direktvermarktung realisiert. Ansonsten wird von 4,00 – 4,70 DM (netto, Transport extra) berichtet. Dabei wird zunehmend nach Magerfleischanteil klassifiziert und gezahlt, was vor allem im Interesse der Verarbeiter, weniger der VerbraucherInnen oder der Bauern liegt. Den Grundpreis gibts bei etwa 50 – 55 % Magerfleischanteil.

„Das Schwein ist ein Nahrungskonkurrent des Menschen, wenn es mit Getreide gefüttert wird.“ Dieser Satz überstimmt lange Zeit den Wunsch der Bio-VerbraucherInnen nach Schweinefleisch. Lang ist's her. Ideale ändern sich, Fleisch wird heute auch bei den Ökokunden nachgefragt.

Das Schwein frißt Getreide

Aber der Hauptgrund für den Ausbau der Bio-Schweinemast liegt im billigen Bio-Getreide, das es genug gibt (siehe Bauernstimme Mai 98). Angesichts der gesunkenen Getreidepreise wird die Verfütterung an die Schweine lukrativ. „Der Bio-Getreideberg verwandelt sich jetzt in einen Bio-Schweineberg“, so Bernd Trautfetter von der Bioland GmbH Nord. Sein Kollege von der rebio GmbH (Regionale Bioland-Erzeugergemeinschaft Baden-Württemberg) sieht das Angebot schon auf dem Höhepunkt angelangt: „Wir befinden uns bei diesem Schweinezyklus auf dem Berg.“

Beide rechnen damit, daß der Markt in ein paar Monaten wieder ausgeglichener sein wird.

Was bist du für ein Ferkel?

Jetzt aber ist es erstmal eng, und da ist sich jeder selbst der nächste. Einige versuchen, die Tiere über Preiszugeständnisse loszubringen. Die Absatzmenge insgesamt freilich ist damit nicht nennenswert zu erhöhen. Aber es bringt immer noch mehr, als die Bio-Schweine zu den abgesackten konventionellen Preisen zu verkaufen.

Die Frage bleibt, wie diejenigen, die drunterherziehen, für 4,- DM/kg Bio-Schweine erzeugen können; offiziell wird immer noch mit rund 5 – 6 Mark kalkuliert.

Nicht nur das billige Öko-Getreide spielt hier eine Rolle. Ein zweiter Faktor ist bei einigen, daß die heute als Bio-Schweine verkauften Tiere nicht immer als Bio-Schweine geboren sind. Sicher mit regionalen Unterschieden, waren die Bio-Ferkel knapp, als der Bio-Schweinemarkt zum Aufstallen lockte. Und da wurden durchaus auch konventionelle Ferkel aufgestellt, mit Ausnahmegenehmigung der Bio-Verbände. Das Problem damit ist

jetzt, daß die konventionellen Ferkel bis zu 50,- DM billiger waren als ihre Bio-Genossen. (Heute ist die Differenz aufgrund der gefallen konventionellen Preise noch größer.)

„Wenn ich konventionelle Ferkel kaufen würde statt Bioferkel, dann könnte ich heute sofort die Mastschweine für 50 – 80 Pf/kg billiger verkaufen und würde immer noch mehr verdienen als jetzt“, rechnet Naturland-Bauer Reinhold Schulze Alt cappenberg aus Westfalen vor.

Abschöpfung oder Quote

Ein Vermarkter sieht das Problem als nicht mehr aktuell an, und es sei auch nicht preisbildend gewesen. Seit etwa einem halben Jahr sind genügend Bio-Fer-



kel da, heißt es von mehreren Seiten. Die konventionell geborenen Bio-Schweine würden in den nächsten vier Wochen geschlachtet. So löst sich das Problem von selbst.

Aus Westfalen gibt es den Vorschlag, eine Abschöpfung von z.B. 50,- DM pro aufgestalltem konventionellen Ferkel einzuführen. Das würde denjenigen den Preisvorteil nehmen, die keine Bio-Ferkel bezahlen mußten. Sepp Bichler, der in Oberbayern schon seit 1981 Bio-Schweine mästet, hält dagegen nichts von einer solchen Abschöpfung. Statt Ausnahmegenehmigungen für einige fordert er eine Quotierung für alle, so daß für alle ein Satz von z.B. 20 oder 30 % konventionelle Ferkel gelten würde, wenn Bio-Ferkel in dem Maße fehlten. Wofür schließlich sollten die Verbände denn das Geld bekommen? – Zur Förderung der Schweinevermarktung oder zum Aufbau der Bio-Ferkelerzeugung, meint Schulze Alt cappenberg. uj

Trubel um ISN

Die ISN (Interessengemeinschaft Schweinehalter Norddeutschland) steht wieder im Schußfeuer der Kritik. Beim Kartellamt soll eine Beschwerde eingegangen sein, die der ISN mit ihrem Preis-meldenden Anrufbeantworter eine marktbeherrschende Stellung im Schweinebereich vorwirft. Der ISN- bzw. ISW-Preis liegt in der Regel immer ein paar Pfennig über den amtlichen Notierungen und hat so für die Erzeuger preisstützend gewirkt. Wie das Verfahren ausgeht bleibt abzuwarten.

Was an dem ist, was sich derzeit über den Geschäftsführer der ISN erzählt wird, läßt sich dagegen vielleicht nie aufklären, daß es nämlich zwischen jenem, der selbst eine stolze Anzahl Schweine im Stall stehen hat, und den großen Vermarktern Thönnies, Tummel, Westfleisch und Barfuß Preisab-sprachen gegeben haben solle. Soweit das neueste Gerücht.

Kirche gegen Castor

Die Kirchenkreistage Lüchow und Dannenberg fordern in einer Mitte Mai verabschiedeten Gorleben-Erklärung den Ausstieg aus der Atomenergie, da es „weder in Gorleben noch an einem anderen Ort unserer Welt ein Endlager für hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Müll“ gibt. Sie wenden sich mit der Erklärung an Christen aller Konfessionen, an Gemeinden und Leitungsgremien der Evangelischen Kirche in Deutschland und an den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf. Angeprangert wird neben dem unabsehbaren Risikopotential eines zumindest langfristig ungeeigneten Zwischen- und Endlagers in Gorleben, auch der Demokratieverlust, wenn Gesetze und Sicherheitsstandards zugunsten der Atomindustrie geändert werden, und auch die als bedrohlich wahrgenommene Anwesenheit von Polizei und Bundesgrenzschutz im zeitlichen Umfeld der Castor-Transporte. Sie werden als Besatzungsmacht erlebt, die Menschen zu Unrecht kriminalisiert. cs

CMA soll für Ökolandbau werben

Die Bergquell Agrar-Naturprodukte GmbH & Co.KG fordert nach Angaben der Lebensmittelzeitung die CMA dazu auf, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für Nahrungsmittel aus ökologischem Anbau zu machen. Rund 5 Mio. DM fließen jährlich aus der Öko-Landwirtschaft in die CMA-Kasse, „an direkten Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen ist bislang seitens der CMA noch nie etwas zurückgeflossen“, so Hasso Mansfeld, Marketingleiter des Bio-Verarbeiters Bergquell. pm

Ökokampagne Hessen

Erstmals gibt es in diesem Jahr nicht nur in Niedersachsen und Baden-Württemberg, sondern auch in Hessen Tage des ökologischen Landbaus, hier unter dem Titel „Ökokampagne“. Dazu haben sich die Verbände des ökologischen Landbaus in Hessen (Bioland, Demeter, Naturland, Gäa und die Ökowitz R Rheingau), die Verbraucherzentrale Hessen e.V., das Hessische Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft sowie das Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz zusammengefunden. Vom 21. Juni bis 25. Juli 1998 „wird sich der ökologische Landbau in seiner Vielfalt mit ca. 34 Veranstaltungen in ganz Hessen der Öffentlichkeit vorstellen“, so die Veranstalter. Dann öffnen viele Biohöfe ihre Tore und laden zu Besichtigungen bzw. Hoffesten ein. pm

Regionales Dach auf Insel Rügen

Auf der größten deutschen Insel haben sich bisher 23 landwirtschaftliche und Verarbeitungsbetriebe zum Verein „Rügener Produkte e.V.“ zusammengeschlossen, um unter einem gemeinsamen Dach die regionale Vermarktung ihrer Produkte voranzubringen. Zu den Betrieben zählen neben verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben unterschiedlicher Größe und Anbaumethoden auch eine kleine Molkerei (Molkerei Naturprodukt Rügen GmbH). Der Verein hat eine eigene Mühle, in der Getreide für neun Rügener Bäcker gemahlen wird. Weitere Zielgruppen für die Produkte sind Direktvermarkter-Kunden, aber zunehmend auch die Gastronomie. pm

Heckenpapst Benjes geehrt

Für über 1.000 km neuangelegte Feldhecken und einen „Vortragsmarathon wider die öde Agrarsteppe“ hat der BUND dem deutschen „Hecken-Papst“ Hermann Benjes gedankt und zugleich eine stärkere Förderung solcher Feldhecken verlangt. Benjes hatte bereits vor Jahren ein geniales und dabei kostengünstiges Konzept zur Belebung der Feldflur entwickelt: Unter bewußt placierten Ästen, Gestrüpp und Buschwerk wachsen bald, herangetragen durch die Vögel und geschützt vor Wildverbiss, standorttypische Heckenpflanzen heran. Alles erfrischend und lehrreich nachzulesen in Benjes Buch „Die Vernetzung von Lebensräumen mit Feldhecken“. „Meine Hecken können dazu beitragen, daß bedrohte Säuger wie Feldhase, Igel und Hamster, seltene Vögel wie Neuntöter, Nachtigall und Rebhuhn sowie eine Vielzahl von Spinnen- und Insektenarten vor dem Aussterben bewahrt werden“, sagte Benjes bei seinem Vortragsjubiläum. en

AgrarBündnis: Klee gras und Grünland fördern!

AgrarBündnis wählte neuen Vorstand, Chancen der Agenda 2000 nutzen

Wenn die EU die Silomaisprämie beibehält, dann muß es auch eine gleichwertige Förderung für Klee grasanbau und Grünland geben. Diese Forderung zog sich durch alle Stellungnahmen, die VertreterInnen der AgrarBündnisverbände zur Agenda 2000 auf der AgrarBündnis-Mitgliederversammlung am 18. Mai in Bonn abgaben. Sollte die Kommission dem Druck von Minister Borchert und DBV weiter nachgeben und den Anbau von Silomais weiterhin fördern, dann müsse es eine Gleichstellung in der Förderung für Klee gras und Grünland geben.



Der Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland, Ludwig Hanebrink (stehend), begrüßte im Bonner Kammer-Sitzungssaal das AgrarBündnis zu dessen Mitgliederversammlung (v.l.): F. v. Homeyer (Demeter), Gerd Kattenstroth (AbL), Georg Janßen (AbL), Barbara Rempe (Tierschutzbund). Foto: Jasper

Denn ebenso wie die Grünlandbewirtschaftung bietet der Anbau von Klee gras als Viehfutter im Vergleich zum Silomaisanbau eine ganze Reihe von ökologischen Vorteilen. Bisher wird der Anbau von Klee gras (einer Mischung aus Leguminosen und Gräsern) aber nur gefördert, wenn die entsprechende Fläche als Stilllegungsfläche ausgewiesen ist und der Aufwuchs somit nicht zu Futterzwecken verwendet werden darf.

Chancen nutzen

Die AgrarBündnis-Verbände, darunter die Umweltverbände Naturschutzbund NABU, BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz), Tierschutzbund, Verbraucher Initiative, diverse Anbauverbände des ökologischen Landbaus und die AbL, fordern daher die EU-Kommission auf, die Verfütterung von Klee gras auf Stilllegungsflächen zukünftig zuzulassen. Das Europäische Parlament hat das in bezug auf die sogenannte Freiwillige Flächenstilllegung bereits beschlossen, woraufhin die Kommission eine entsprechende Änderung der Stilllegungs-Richtlinien zugesagt hat. Bislang hat die Kommission diese Zusage in den Agenda-Vorschlägen jedoch noch nicht umgesetzt. Das müsse nun erfolgen, so die VerbandssprecherInnen.

Nicht nur in diesem konkreten Punkt war man sich einig – auch in der grundsätzli-

chen Einschätzung der Agenda 2000 gab es weitgehende Gemeinsamkeiten. Einigkeit bestand in der Kritik an der Weltmarktorientierung der Agenda 2000. Prof. Hubert Weiger, Agrarsprecher des BUND, nannte diese Orientierung auf „den Weltmarkt, den es nicht gibt, eine Gefahr für die gewachsenen Strukturen“, und sie diene allein den „Global Players auf den Agrarmärkten“.

Neben der Kritik wurden aber auch die Chancen betont, die die Agenda 2000 biete, um die Europäische Agrarpolitik dahingehend zu reformieren, daß Umwelt und Arbeit eine größere Bedeutung erreichen. Allerdings müsse hier noch kräftig nachgelegt werden. An der Realisierung dieser Chancen wollen die Verbände gezielt zusammenarbeiten.

AgrarBündnis zur Koordination

Diese Zusammenarbeit innerhalb des AgrarBündnisses soll jedoch nicht (mehr) so aussehen, daß das AgrarBündnis das Sprachrohr der Verbände in Agrarfragen ist. Vielmehr soll das Bündnis als Plattform zum inhaltlichen und strategischen Austausch zwischen den Verbänden, also der Koordination dienen. Hier hat das Bündnis auch wichtige Aufgaben, wie die jüngsten Erfahrungen zeigen, als z.B. nach Veröffentlichung der Agenda 2000 im letzten Sommer die meisten Verbände sich zu sehr aus der Diskussion herausgehalten haben.

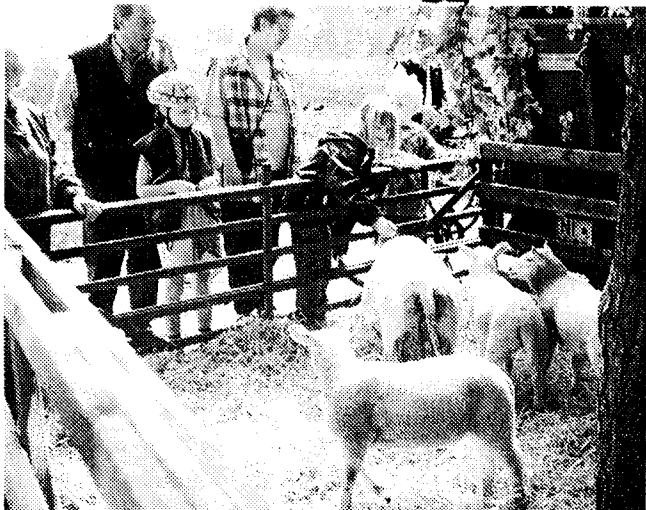
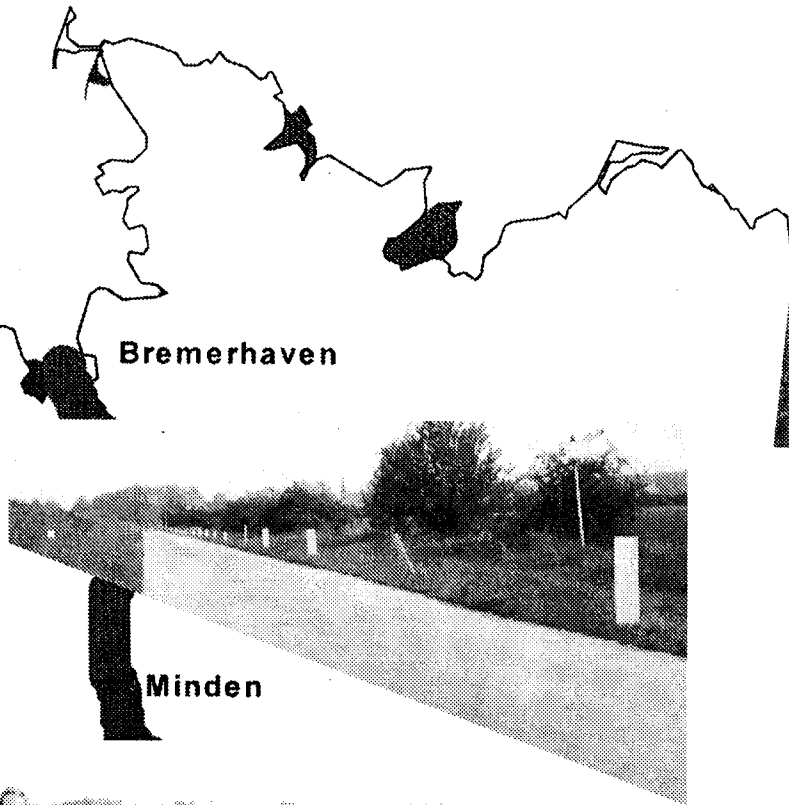
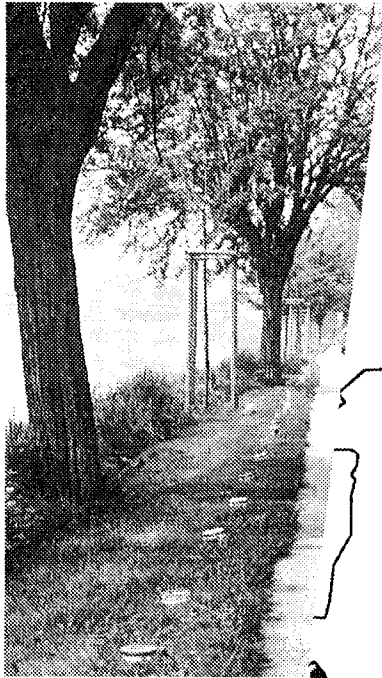
Gerd Billen, Bundesgeschäftsführer des NABU, sagte in Bonn, für ihn habe sich das AgrarBündnis der alten Form „überlebt“ – „wir brauchen Bündnisse auf Zeit“, so Billen. Ansonsten wurde das AgrarBündnis als Koordinations-Plattform eindeutig befürwortet und für wichtig erachtet. Die kontinuierliche Herausgabe des Kritischen Agrarberichts durch das AgrarBündnis soll dabei weiter zur Bündelung und Verbreitung von Informationen und Positionen dienen und gestärkt werden.

Neuer Vorstand

Die Mitgliederversammlung wählte in Bonn einen neuen Vorstand. Für die ausscheidenden Franz Rieks (Bioland-Verband) und Gerd Kattenstroth (AbL), denen die Versammlung einen besonderen Dank aussprach, bilden nun neben Friedrich von Homeyer (Demeter) Prof. Hubert Weiger (BUND) und Ulrike Ottenotbrock-Völker (AbL) den Vorstand. uj

Der lange Weg zu kurzen Wegen

Impressionen vom 2. Mai '98 zwischen Füssen und Bremerhaven



Vor genau 350 Jahren beendeten die Friedensverhandlungen in Münster den 30jährigen Krieg. Das Gedenkjahr hat die Stadt und die Umgebung in Jubelstimmung versetzt. Aus aktuellem und agrarischem Anlaß muß Münster jedoch um seinen Ruf als Stadt des Friedens fürchten. Zwischen Münster und Düsseldorf herrscht Krieg; mindestens ein kalter Krieg. Münster ist der Sitz von Landwirtschaftsverband und Landwirtschaftskammer in Westfalen-Lippe. In Düsseldorf ist das nordrhein-westfälische Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL) mit einer grünen Ministerin angesiedelt. Der Krieg zwischen den Institutionen ist kein 30jähriger, sondern erst ein etwa zwei-jähriger. Zuvor war das Ministerium mit Klaus Matthiesen fest in SPD-Hand. Zu Beginn seiner Amtszeit gab es zwischen Matthiesen und den landwirtschaftlichen Organisationen auch keine Liebesbeziehung, jedoch in einer Vielzahl feuchtfröhlicher Friedensverhandlungen raufte man sich zusammen. Nachdem bei der letzten Landtagswahl das MURL an Die Grünen fiel, erhielt der ausgeschiedene SPD-Minister die höchste Auszeichnung des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, die Schorlemer-Plakette in Gold.

Seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen wurde die agrarpolitische Richtlinienkompetenz der Landwirtschaftsorganisationen im Grundsatz nicht in Frage gestellt. Selbst die Beziehung zur SPD-Regierung war so ausgezeichnet, daß die CDU beleidigt Kritik übte – war sie doch von ihrem Selbstverständnis und ihrer Verankerung her die eigentliche Hüterin agrarischer Belange. Unter der neuen Ministerin Bärbel Höhn ist das Ministerium selbständig geworden. Ausdruck findet das in der Erstellung neuer und der Bewertung alter Förderrichtlinien, in der Unterstützung von Regionalvermarktungsinitiativen und bei Abstimmungen im Bundesrat. Freilich operiert das Ministerium nicht immer glücklich. Das betrifft aktuell die Umsetzung der FFH-Richtlinie. „Viel Feind unter den Bauern, viel Ehr' in der Gesellschaft!“ läßt wenig konstruktiven Spielraum. Der Bauernverband vertritt grund-

Ja wo reiten sie denn?

Über Differenzen zwischen „grüner“ und „berufsständischer“ Agrarpolitik und wie sie in Westfalen-Lippe bei der Besetzung der Position des Kammerdirektors ausgetragen werden

sätzlich die Position, die Interessen der Intensivlandwirtschaft in sich öffnenden Märkten zu wahren. Dabei geht es ihm um uneingeschränkte Wachstumsmöglichkeiten bei Milch,

Position des Direktors der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe. Im Gegensatz zu den Landwirtschaftsämtern in anderen Bundesländern ist die Landwirtschaftskammer für viele Be-



Knoten-Lösen ist mitunter eine schwierige Aufgabe und erfordert Fingerspitzengefühl. Wenn es denn klappt, dürfen sie sich freuen: Ministerin Bärbel Höhn und Kammerpräsident Karl Meise beim Hanftag 1997.
Foto: Schievelbein

Fleisch und im Ackerbau. Als begrenzenden Faktor akzeptiert er dabei mittlerweile nur - unter bestimmten Rahmenbedingungen - eine Bindung an die Fläche. Alles andere sind für ihn mehr oder weniger Nischenproduktionen. Wer damit Geld verdienen will, soll das gut und gerne tun; aber bitte ohne besonderen Anspruch auf politische oder finanzielle Förderung. Bei der Umsetzung seiner Interessen betrachtet der Bauernverband die Landwirtschaftskammer als seinen verlängerten Arm in Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen. Das hat zwar Tradition, ist aber durch nichts gerechtfertigt.

Die Auseinandersetzung zwischen Ministerium auf der einen und Kammer und Verband auf der anderen Seite eskaliert nun bei der Besetzung der

reiche als Selbstverwaltungsorganisation zuständig. Gleichzeitig ist sie aber auch nachgelagerte Behörde des MURL und so verantwortlich für die Umsetzung hoheitlicher Aufgaben. Diese Doppelfunktion macht den Kammerdirektor zum Diener zweier Herren, und naturgemäß wollen beide „Herren“ entsprechenden Einfluß bei der Stellenbesetzung ausüben. Der Direktor wird von der Hauptversammlung der Kammer gewählt, aber seine Wahl muß durch die Ministerin bestätigt werden. Bärbel Höhn verweigert nun die Bestätigung, da der gewählte Kandidat nicht ihr Vertrauen genießt – ein Recht, das das Kammergesetz ihr ausdrücklich zugesteht.

Mittlerweile hat die Landwirtschaftskammer Klage beim Verwaltungsgericht gegen diese Verweigerung einge-

reicht. Diese Entwicklung ist ebenso bedenklich wie bedauerlich.

Durch die Abwicklung der Transferzahlungen, durch die Direktwahl ihrer Vertreter in die Gremien und durch die daraus folgende stärkere Einbindung von Frauen in die Arbeit, hat sich in den letzten Jahren für die Bauernfamilien eine engere Verbindung zur Kammer entwickelt. Zudem zeigt sich bei der Kammer durchaus eine Aufgeschlossenheit für neue Wege in Erzeugung und Vermarktung. Das liegt nicht zuletzt an den Beratern vor Ort, die in ihrer Arbeit unmittelbar mit den Verhältnissen auf den Höfen konfrontiert sind. Aber auch der derzeitige Kammerpräsident Karl Meise steht für diese, wenn auch zaghaften Ansätze.

Für den Bauernverband werden damit alte Ordnungen gestört. Während er betriebliches Wachstum predigt, geht das Leben an ihm vorüber. Damit ist die Besetzung der Direktorenstelle nicht nur Zankapfel im Konflikt zwischen Berufstand und Ministerium, sondern sie bietet für den Bauernverband auch die Gelegenheit, sich als Ordnungsmacht gegenüber Kammer und Ministerium in Erinnerung zu bringen.

Angeheizt wird die Stimmung noch durch den Chefredakteur des Landwirtschaftlichen Wochenblatts, dem in dieser Auseinandersetzung die Axt zum Holzen leichter in der Hand liegt als die Feder zum Schreiben.

Es ist zu akzeptieren, daß ein Ministerium für die Umsetzung seiner Politik Leute des Ver-

trauens in seinen Büros braucht; andernfalls läßt sich jede Politikumsetzung aushebeln und konterkarieren. Die starke Personalisierung des Konflikts an der Position des Kammerdirektors ist jedoch allen Beteiligten aus den Händen geglitten und scheint „zur Fortsetzung der Agrarpolitik mit anderen Mitteln“ zu werden. Auch wenn der Bauernverband meint, daß die Landwirtschaftskammer die Klage gegenüber dem Ministerium gewinnt („Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche!“), wird es am Ende nur Verlierer geben.

In einer Zeit, in der sich die agrarpolitischen Entscheidungen von den Betroffenen nach Genf und Brüssel entfernen, ist natürlich eine Landwirtschaftskammer mit ihrer Präsenz vor Ort ein Objekt politischer Begierde.

Deutlich wird in diesem Konflikt jedoch auch die scheinbare Unvereinbarkeit zwischen grüner und bauernverbandlicher Agrarpolitik.

Wenn das so ist, stehen die Zeichen auf Sturm. Das muß nicht sein. Dabei geht es nicht um eine vordergründige Harmonie, sondern um eine Konsensfähigkeit in der Politik.

Der Bauernverband muß lernen, daß gesellschaftliche Neuorientierungen stattfinden. Die Politikbeteiligung der Grünen ist dafür nur ein Synonym. Vieles, was die Grünen derzeit anstreben, will auch die CDU – nur langsamer und mit Entschädigungen. Zahlreiche Initiativen kann der Bauernverband auch als Chance für viele seiner Mitglieder begreifen.

Aus welcher Seilschaft auch immer die Anstifter kommen mögen: Es ist destruktive Politik, den sich gründenden Regional- und Direktvermarktungsinitiativen derzeit den Landesrechnungshof in die Geschäftsstellen zu hetzen.

Jedoch auch die Grünen haben die Bauern nicht als Beute, wenn ihnen die Land-

wirtschaft bei den Ressortverteilungen in Verwaltung und Verantwortung gegeben wird. Bauern sind stur und starrsinnig. Besonders sagt man das den Westfalen nach. Sie sind seinerzeit nicht jubelnd dem Fortschritt gefolgt. Der Begriff Kunstdünger ließ sich bis heute noch nicht aus der Alltagssprache merzen, und bis vor gut 30 Jahren war noch in der Höheren Landbauschule zu lernen, daß Sauen beim Abferkeln nicht in engen Gittern gehalten werden können.

Die Bauern sind dort abzuholen, wo sie jetzt sind. Nicht alle, aber immer mehr. Vor 350 Jahren brachten Reiter die Friedensbotschaft in die Lande. Derzeit fehlen sowohl Reiter als auch Botschaft. Nur Pferde ständen ausreichend zur Verfügung. Ganz in der Nähe Münsters ist nämlich das Westfälische Landesgestüt angesiedelt. Die Landstallmeisterin wurde von der Ministerin gegen den Widerstand der Pferdevereinsvorsitzenden berufen. Mittlerweile zu aller Zufriedenheit.

Günther Völker

Die Landwirtschaftskammer

Die Landwirtschaftskammer ist per Gesetz errichtet. Zu ihr gehören alle in der Landwirtschaft Tätigen: Bauern, Bäuerinnen, mithelfende Familienangehörige und ArbeitnehmerInnen. Der Bauernverband ist im Vergleich dazu ein freiwilliger Zusammenschluß überwiegend von Betriebsinhabern.

Die Landwirtschaftskammer (LWK) gliedert sich in zwei Bereiche: Die **Selbstverwaltung** ist zuständig für Ausbildung, Beratung, Förderung der Erzeugung und Vermarktung u.a.; an ihrer Spitze steht der **Präsident**. Der **hoheitliche Bereich** ist u.a. verantwortlich für die Abwicklung und Kontrolle von Förderprogrammen und Ausgleichszahlungen und untersteht dem Ministerium. Verwaltungschef beider Bereiche ist der **Kammerdirektor**.

Präsident und Kammerdirektor werden von der Hauptversammlung gewählt; aber: Die Berufung des Kammerdirektors „bedarf der Bestätigung, seine Amtsführung des Vertrauens des Ministers für Umwelt Raumordnung und Landwirtschaft“ (Kammergesetz). Die Hauptversammlung setzt sich überwiegend aus den auf Kreisebene gewählten Mitgliedern zusammen, davon sind ein Drittel ArbeitseherInnen. 1992 wurde die Friedenswahl durch eine Gesetzesänderung abgeschafft, zuvor hat der Bauernverband bis auf ganz wenige Ausnahmen die

restlichen Mitglieder bestimmt: Die von ihm aufgestellten Kandidaten galten in der vorgeschlagenen Reihenfolge als gewählt, solange es keine weiteren Vorschläge von konkurrierenden Gruppen gab.

Mittlerweile ist die Wahl auch dann vorgeschrieben, wenn nur der Bauernverband eine Liste einreicht. Da – unter angemessener Berücksichtigung von Frauen – wesentlich mehr KandidatInnen benannt werden müssen als zu wählen sind, ist das Wahlergebnis, die Zusammensetzung der Hauptversammlung, für den Bauernverband nicht mehr so kalkulierbar – und sein Einfluß nicht mehr ganz so stark.

Die Hauptversammlung hat den neuen, von der Ministerin noch nicht bestätigten Kammerdirektor mit fast 100 Prozent der Stimmen gewählt. Vorausgegangen waren mehrere Auswahlrunden in einer kleinen Gruppe und schließlich im Hauptausschuß. Dabei gab es deutliche Differenzen bei der Kandidatenbewertung durch die Vertreter, die ausschließlich den Interessen der Kammer verpflichtet sind, und denen, die gleichzeitig als Vertreter des Bauernverbandes mitbestimmen. Die Ministerin hatte bereits nach der Vorauswahl deutlich gemacht, daß dieser Kandidat nicht ihr Vertrauen besitzt und somit auch nach einer Wahl durch die Hauptversammlung nicht von ihr bestätigt werden würde. uov

KURZES AM RANDE

NRW-Broschüre zur FFH-Richtlinie

Warum müssen in Nordrhein-Westfalen FFH- und Vogelschutzgebiete nach Brüssel gemeldet werden? Müssen Landwirte auf diesen Gebieten in Zukunft strengere Auflagen als bisher befolgen? Müssen Kommunen ihre Planungshoheit an die EU-Kommission abgeben? Das sind drei der 18 Fragen, auf die eine neue Info-Broschüre des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums NRW antwortet. Die wichtigste Botschaft dieser Broschüre sei, so Ministerin Höhn, „daß wir um einen Ausgleich zwischen Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft und den legitimen Entwicklungsansprüchen der Gemeinden bemüht sind, unter den Rahmenbedingungen der FFH-Richtlinie.“ Die in europäischem und deutschem Recht verankerte Richtlinie habe diesen Ausgleich selbst im Blick, wenn sie beispielsweise spezielle Fördermöglichkeiten aus Brüssel für besonders umweltfreundliche Landwirtschaft vorsieht. „Für unsere Landwirte bedeutet FFH unter dem Strich also eher eine finanzielle Hilfe als eine Belastung, weil sie weiterwirtschaften können wie bisher und ihre Bemühungen um den Landschaftsschutz zusätzlich honoriert bekommen“, so Höhn weiter. Die Broschüre „Schutz des Europäischen Naturerbes in Nordrhein-Westfalen: FFH- und Vogelschutzgebiete“ ist im Düsseldorfer Ministerium zu erhalten. pm

Neue Hanfsorten zugelassen – Vermehrungsanbau in Deutschland

Mit dem Handanbaujahr 1998 sind vier neue Hanfsorten für den Nutzhanfanbau in der EU zugelassen: die ukrainische Sorte „USO 31“, die polnische Sorte „Beniko“, die rumänische Sorte „Lovrin“ und die ungarische Sorte „Komplti“. Für die diesjährige Aussaat kam die Zulassung so spät, daß erneut ausschließlich französisches Hanfsaatgut zu Preisen von ca. 8 bis 10 DM/kg am Markt erhältlich war. Mit der Zulassung dieser Sorten, die im Rahmen von Sortenprüfungen auf THC-Gehalt und Ertrag untersucht worden sind, ist das Monopol der Franzosen zerbrochen. Bereits in diesem Jahr engagieren sich erstmalig Saatgutfirmen wie die Norddeutsche Pflanzenzucht (NPZ, Hohenlieth) oder die Deutsche Saatveredlung (DSV, Lippstadt) im Bereich der Saatgutvermehrung. In Nordrhein-Westfalen findet in diesem Zusammenhang eine Handvermehrung auf ca. 20 Hektar statt. Für die kommenden Jahre sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sinkende Saatgutkosten zu erwarten. hbb

EU-Kommission:

Neue Vorschläge für Hanfanbauer

Das gerade veröffentlichte Merkblatt der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE, Frankfurt) zum Anbau von Nutzhanf wird derzeit durch einen Vorschlag der EU-Kommission in wesentlichen Punkten in Frage gestellt. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung einer zweijährigen Qualifizierungsmaßnahme zum Thema „Marktinovation Hanf“ in Köln berichtete Oliver Jux aus dem BMELF, daß ein neuer Vorschlag der EU-Kommission zur Regelung der Marktordnung Hanf vorliege. Danach sieht dieser Entwurf folgende Änderungen vor: Die ursprünglich für dieses Jahr geplante Absenkung der Beihilfe um 25 % soll entfallen, also die Höhe der Beihilfe auf letztjährigem Niveau bleiben. Dafür soll nun ein Anbauvertrag Voraussetzung für die Förderung werden, und zwar rückwirkend für den schon gesäten Nutzhanf. Der maximale THC-Gehalt soll von 0,3 % auf 0,15 % gesenkt werden. Das Hanfstroh darf danach bereits nach der Kornbildung geerntet werden. Dem Mißbrauch von Prämien, der Angst vor dem „Rauschwirksamen“ THC und den Ernte-problemen in den vergangenen Jahren trägt dieser EU-Vorschlag Rechnung. Die Änderungen sollen bereits für das aktuelle Wirtschaftsjahr rückwirkend gelten. Von Planungssicherheit für das laufende Wirtschaftsjahr kann keine Rede sein, wenn mit dem Beschluß der Regelungen bei Hanf nicht vor Ende Juni zu rechnen ist, gleichzeitig der Aussaatetermin aber bei Ende April/Anfang Mai liegt. Der Hanfanbau selbst muß für Landwirte bis zum 15. Juni bei der BLE in Frankfurt angezeigt werden (Infos: Projektbüro Hanf, ☎ 02945-989195). hbb

NRW-Hanftag 1998:

Bauen mit Holz, Hanf und Co.

Im Rahmen des diesjährigen NRW-Hanftages am Freitag, den 4. September 1998, wird es schwerpunktmäßig um den Einsatz von Holz, Hanf und anderen nachwachsenden Rohstoffen im Baubereich gehen. Neben Produktherstellern und Entwicklern hat NRW-Bauminister Michael Vesper seine Teilnahme zugesagt. Weitere Informationen in der nächsten Bauernstimme oder im Projektbüro Hanf, ☎ 02945-989195.

Kappeln gegen Nestlé-Pläne

Gegen die Schließung des Milchwerks in Kappeln (bei Schleswig) protestierte kürzlich der ganze Ort, unter anderem durch die Schließung aller Geschäfte der Stadt. Jetzt demonstrierten etwa 200 Menschen aus Kappeln vor der Frankfurter Nestlé-Zentrale für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und übergaben dem deutschen Nestlé-Chef Güldenbergs 24.000 Solidaritäts-Unterschriften, darunter auch die von Ministerpräsidentin Simonis.

Auf Transparenten, die sich auf die Bezeichnung von Arbeitslosen als „Wohlstandsmüll“ durch den Nestlé-Chef Maucher bezogen, hieß es: „Hier steht der Wohlstandsmüll aus Kappeln!“ In den Resolutionen wird auch mit einem Boykott von Nestlé-Produkten gedroht. Unterdessen gab ein Sprecher des Multis bekannt, man verhandle mit sechs Interessenten über den Verkauf des Werks, wodurch möglicherweise knapp 100 der 200 Arbeitsplätze zu retten seien. Einer der Interessenten, die Zevener Nordmilch, gab aber bereits zu erkennen, man sei weniger am Werk als an den angelieferten 64 Mio. Liter Milch interessiert. en

Nord-Milchgigant?

Der Vorstand der Großmolkerei MZO Oldenburger Milch eG kann sich laut Lebensmittelzeitung sehr gut vorstellen, schon in zwei oder drei Jahren mit den benachbarten großen Milchverarbeitern Nordmilch und Bremerland/Nordheide „eng zusammenzurücken“. Auf diese Weise würde in Norddeutschland ein Milchries mit einem Gesamtumsatz von 3,5 Mrd. DM entstehen. en

Kleine Schulen ohne Hansano-Milch

Der Hansano Milchhof in Isernhagen bei Hannover hat die Auslieferung von Schulmilch an Schulen eingestellt, die im Jahr weniger als 10.000 Flaschen (1/4 l) abnehmen. Rund 400 Schulen in Niedersachsen sind davon betroffen. Selbst Schulen, die unmittelbar auf der Fahrrute des Hansano-LKWs liegen, gehen seit Ende April leer aus. Hansano begründete das damit, daß es nicht um die Fahrt ginge, sondern um die Gesamtkosten von Auslieferung, Verwaltungsaufwand und Abrechnung mit der Bezirksregierung bezüglich der Fördergelder für Schulmilch. Diese Gesamtkosten beliefen sich auf 18,- DM pro Schule Lieferung, so Hansano. Die Molkerei hat den Schulen als Alternative die Versorgung mit Dauermilch angeboten, die 4 – 5 Monate hält und daher in weit größeren Abständen ausgeliefert werden kann als Frischmilch. Nicht alle Schulen folgten diesem Vorschlag. pm

Züchtung auf Gras-Appetit

In Großbritannien soll der „Appetit der Kühe auf Gras“ bei der Festlegung von Rinder-Zuchtprogrammen als ein Faktor berücksichtigt werden. Damit soll eine optimale Ausnutzung des Grundfutters erreicht werden. en

Weidegang fördert krebshemmende Fettsäuren

Der Gehalt an krebshemmenden Fettsäuren in der Milch scheint bei Kühen, die im Sommer Weidegang genießen, höher zu sein als bei Artgenossen, die ganzjährig mit Mais- und Grassilage und viel Kraftfutter gefüttert werden. Auf entsprechende Untersuchungen weist Dr. Wilfried Brade von der Landwirtschaftskammer Hannover in der Molkereizeitung „Welt der Milch“ (2/98) hin, in dem er sich mit den ungesättigten Fettsäuren der Gruppe CLA (Konjugierte Linolsäuren) beschäftigt. Diese CLA kommen in bemerkenswert hohen Gehalten in Milch- und Milchprodukten vor. Allerdings schränke konserviertes Grobfutter (Silage) die Bildung von CLA ein. In Tierversuchen zeigten CLA krebshemmende Wirkung; zur Zeit werde weltweit intensiv über die Wirkung der CLA als „Anti-Tumor-Wirkstoff“ geforscht, so Brade. pm

Dioxin in Citruspulle

Die Dioxinbelastung von Milchviehfutter durch brasilianische Citruspulle hat die Milchwirtschaft aufgeschreckt. Laut top agrar fordert der Milchindustrieverband eine Garantie-Erklärung darüber, daß keine brasilianischen Citruspellets im Futter enthalten sind. Der Fachverband der Futtermittelindustrie verspricht, bei Ankunft neuer Partien künftig Dioxin-Untersuchungen durchzuführen, bei anderen Importfuttermitteln sehe man keine Veranlassung dazu. Bisher gibt es ohnehin nur Warn- und Eingreifwerte für Dioxin, aber keine festgelegten Grenzwerte. Der Bundesrat hat jetzt eilig den Weg zur Festlegung von Höchstgehalten geöffnet, die allerdings nur bei festgestellten und nicht bei drohenden Verstößen gelten werden und keine Möglichkeit der Rückholung belasteter Partien eröffnen. Bisher ist es kaum möglich, Regreßforderungen gegenüber den Lieferanten solcher Mischfutterkomponenten durchzusetzen. en

KURZES AM RANDE

Grundkosten ziehen weiter

In Thedinghausen gestoppt. Tuffi staffelt Geschäftsanteile

Vorstand und Aufsichtsrat der kleinen niedersächsischen Molkereigenossenschaft Thedinghausen (östl. v. Bremen) müssen ihre eigenhändige Einführung einer Grundkostenpauschale von 150 DM/Monat zurücknehmen – die Mehrheit der Mitgliederversammlung Anfang Mai stimmte gegen die Pauschale, die eine gezielte Milchgeld-Umverteilung von klein zu groß ist. Nun wird in der 165 Lieferanten starken Molkerei über Alternativen verhandelt.

Die Vertreterversammlung der Milchwerke Köln Wuppertal eG (Tuffi) hat am 14.05.1998 beschlossen, zum 1.1.1999 einen Grundkostenbeitrag von 60,- DM pro Monat einzuführen. Dieser Beschluß erfolgte nur mit knapper Mehrheit, aber es reicht: das Instrument ist eingeführt, eine Erhöhung der Pauschale liegt nun im Ermessen des Vorstandes.

Fast einstimmig ist dagegen die Einführung einer Staffelung der Geschäftsanteile beschlossen worden. Bisher galt, daß pro 4000 Liter Milchlieferung im Jahr ein

Genossenschafts-Anteil von 400 DM zu zeichnen ist, wer viel liefert, zeichnet entsprechen mehr Anteile. Ab jetzt gibt es einheitliche Anteile bei den Köln-Wuppertalern nur noch bis zu einer Liefermenge von 200.000 kg, darüberhinaus wird nun gestaffelt. Lieferanten mit einer Menge zwischen 200.000 und 300.000 kg zeichnen für die Menge über 200.000 kg einen Anteil je 5000 kg, bei 300.000 – 400.000 kg einen Anteil pro 6000 kg, bei 400.000 – 500.000 kg einen Anteil je 7000 kg, und bei einer Jahresliefermenge von über 500.000 kg ist für die Menge über 200.000 kg nur für je 8000 kg ein Anteil zu zeichnen bzw. nur noch ein halber Anteil je 4000 kg.

Tuffi geht damit einen Weg, auf dem viele andere Genossenschaften wohl bald folgen werden. Sie kommen den Betrieben entgegen, die gewachsen sind, mehr Milch liefern, aber es bisher versäumt haben, ihre Genossenschafts-Einlagen entsprechend aufzustocken. uj

Piep Piep Piep, Kühe haben Mozart lieb

Mozart bei Kühen noch beliebter als Guildo Horn

Kühe sind Mozart-Fans – mit einem Klang zum „Meister“ Guildo Horn. Das ergab ein kleiner Feldversuch der Landesvereinigung der Milchwirtschaft NRW zum Internationalen Tag der Milch (19. Mai). Auf drei Bauernhöfen wurden die Milchkühe täglich mit jeweils einem, mehrmals hintereinander gespielten Hit beschallt: am ersten Tag lief *Herzilein* von den Wildecker Herzbuben, am zweiten Tag Mozarts *Kleine Nachtmusik*, am dritten die Tote-Hosen-Hymne *Hier kommt Alex* und schließlich



Guildo Horns Grand-Prix-Beitrag *Guildo hat Euch lieb*. Untersucht wurde ein möglicher Zusammenhang zwischen Musikstück und Milchleistung. Das Ergebnis ist für manche beruhigend, für andere eine Enttäuschung: Die Kühe stehen mit Volksmusik auf Kriegsfuß, denn die Wildecker Herzbuben sind von allen Interpreten am schlimmsten abgestützt. Die Essener Herde mit 85 Milchkühen verringerte bei Herzilein die Milchleistung gegenüber dem „Mozart-Tag“ um 31 Liter. Nur in Münster konnte der Tiefflug der übergewichtigen Barden

noch unterboten werden: Beim Punk klemmt dem Münsterländer Vieh das Euter – letzter Platz für Die Toten Hosen.

Daß Mozarts *Kleine Nachtmusik* die Kuhshirts anführt, kann nicht verwundern: Bei soviel sanfter Gelassenheit – nicht nur beim Wiederkäuen – liegt ein Faible für vornehme Unterhaltung nahe. Als überraschend wertet die Milchwirtschaft da die Liebe zu Guildo Horn – soviel Kuh-Sympathie für den neuen Kultstar des deutschen Schlagers hatte man nicht erwartet: Den Düsseldorf

er Kühen ging nichts über den „Meister“, und in Münster liegt Guildo mit Mozart fast gleichauf: Nur drei Liter trennten die beiden Langhaarigen in dieser 39-Kuh-Herde.

Die Redaktion der *Bauernstimme* diskutierte lebhaft, ob nicht weniger die Musikvorliebe der Gemolkenen als viel mehr die der Melkenden den Ausschlag gab. Die Redakteurin gab zu bedenken, daß bei Herzbuben-Musik die Hinwendung zu den Vierbeinern schon deshalb zu kurz kommen muß, um bloß möglichst schnell aus dem Stall zu kommen ... pm

Milchkoop Wendland nun bei Bioland Nord

Schwierige Zusammenarbeit mit Molkerei Lüchow gekündigt. Ab 1. Mai Verarbeitung in Hameln

Das Wendland als Ganzes hat versagt, weil es nicht in der Lage war, die Verarbeitung einer guten Produktlinie bei sich zu halten.“ Viel Frust klingt mit, wenn Manfred Ebeling, Bauer und Geschäftsführer der Milchkooperative Wendland GmbH, erzählt, warum die Biomilch aus dem Wendland ab 1. Mai nicht mehr in Lüchow nahe der Elbe, sondern in Hameln an der Weser verarbeitet wird. Zwischen Lüchow und Hameln liegen immerhin 150 km Luftlinie. Inzwischen sind die Wendländer der Bioland GmbH Nord beigetreten, deren Milchbauern ihre Milch (ca. 3,5 Mio. kg/Jahr) schon seit 1986 in Hameln verarbeiten lassen. Auch die Vermarktung der Wendland-Markensprodukte läuft nun über Bioland Nord, so daß die eigene GmbH der Wendländer jetzt arbeitslos ist.

1990 wurde die Milchkooperative Wendland GmbH von 7 Bioland-Milchviehbetrieben mit dem Ziel gegründet, die Biomilch nicht länger in den konventionellen Tank fließen zu lassen, sondern eine eigene Biomilchvermarktung aufzubauen. Das hat soweit auch geklappt. Nur das Verhältnis zum Partner, der lokalen Lüchower Molkereigenossenschaft (Wendland-Milch eG), die für die Milchkoop die Biomilch (ca. 1,8 Mio. kg) im Lohn verarbeitete und abfüllte, war zu wenig von Kooperation geprägt, als daß es auf Dauer halten konnte. „Es war eigentlich die ganze Zeit Neid da, dieser typische Neid auf die Bios. Erst wirst du nicht ernst genommen, wirst belächelt nach dem Motto 'Ihr kriegt das nie verkauft', und wenn es dann klappt, dann wird fast systematisch versucht, es kaputt zu machen“, resümiert Ebeling.

Partner nebenbei

Der „Partner“ glaubte anscheinend, die Bioschiene könne man so nebenbei machen. Schließlich machte

die Milchmenge der Bios auch zuletzt tatsächlich nur einen Anteil von knapp 2 % der Milchmenge aus, die die Lüchower Molkerei erfaßt. Allerdings wird der Großteil der etwa 105 Mio. kg konventionelle Milch schon längere Zeit nicht mehr in Lüchow verarbeitet, sondern geht als Rohstoff v. a. an die Uelzena Milchwerke eG sowie an die Ernährungsindustrie (Kraft).

Kernstück der schwindenden eigenen Tä-

tigkeit ist eine Abfüllanlage, deren Kapazität bei 30 Mio. Flaschen pro Jahr liegt und die vor vier Jahren angeschafft wurde. Die Molkereileitung ging damals davon aus, daß Milch in Pfandflaschen ein wachsender Markt sein würde, weit gefehlt. So wurden zuletzt statt 30 Mio. Flaschen zusammen mit den Biomilchflaschen nur 2 - 2,5 Mio. abgefüllt!

Vor der Anschaffung der Anlage sind die Biobauern nicht nach ihrer Einschätzung der abzusetzenden bzw. abzufüllenden Mengen an Biomilch gefragt worden. Dennoch wollte die Molkerei-Leitung sie vor zwei Jahren an den Kosten der überdimensionierten Anlage beteiligen. Sie sollten nicht mehr 24 Pf/kg für die Lohnverarbeitung/Abfüllung zahlen, sondern 38 Pf/kg. Das haben die Biobauern dankend abgelehnt, ebenso wie eine zeitlich gestreckte Anhebung der Preise, die ebenfalls auf 38 Pfennig hinauslaufen sollte. Das Angebot der Molkerei: Wenn die Bios ihre Menge von 1,2 Mio. Flaschen auf 20 Mio. steigern, dann könne man wieder über den alten Preis reden ... Doch: „Wo soll ich denn in Deutschland 20 Mio. Flaschen Biomilch unterbringen?“ fragt Ebeling zynisch.

Hohe Preise ein Fehler?

Die Molkerei-Leitung war der Meinung, die Milchkoop verkaufe ihre Milch zu teuer. Ebeling dagegen ist stolz, daß er die Biomilch so teuer verkaufen konnte. Die

der ich mache 'billig und Masse' oder 'top und teuer' - dazwischen gibt es nichts. Wir haben uns ganz klar für 'top und teuer' entschieden.“

Die Auseinandersetzung um den Preis für die Lohnverarbeitung war der Anlaß, daß die Milchkoop ihren Vertrag mit der Molkerei Ende 1996 kündigte (was nun wirksam geworden ist). Die Liste der Konflikte ist weit länger. Ein anderes Beispiel: Die Milchkoop hatte nicht nur Flaschenmilch, sondern auch Sahne, Quark, Creme fraiche und Joghurt im Programm. Ursprünglich wurden diese Produkte auch in der Lüchower Molkerei hergestellt. Als der Naturkosthandel die Umstellung von den alten Glastypen auf die im Biohandel mittlerweile einheitlichen Gläser verlangte, erklärte sich die Milchkoop bereit, die nötige Maschine selbst anzuschaffen und an die Molkerei zu vermieten. Doch die Genossen winkten ab. Schließlich kaufte die Koop diese Produkte in Hameln zu.

Idee einer eigenen Molkerei

Natürlich - warum machen sie es dann nicht selber, machen sie nicht ihre eigene kleine Molkerei? Natürlich liegt es am Geld, das fehlt. Drei Millionen Mark veranschlagte die Milchkoop für eine der Menge angepaßte Anlage, wovon die Bauern eine Mio. DM selbst aufbringen wollten. Zur Beschaffung des restlichen Kapitals gingen die Wendländer u.a. auf den Naturschutzbund NABU Niedersachsen, mit dem schon eine

Kooperation bestand, sowie auf das Landwirtschaftsministerium unter Karl-Heinz Funke (SPD) zu.

Ein gemeinsames Finanzierungskonzept von Wendländer Milchkoop und NABU kam nicht zustande. Und der Minister ließ die Wendländer wissen, daß das Land anstrebe, die Biomilch in einer zentralen

Molkerei statt in mehreren kleinen verarbeiten zu lassen, also in Hameln. Immerhin - die Molkerei Hameln eG versucht nun, die Wendländer Biomilch weitestgehend separat zu verarbeiten, damit wenigstens eines erhalten bleibt: die Marke mit dem Storchen für Biomilch aus dem Wendland. uj



Bei der Wendlandmilch waren Ökolandbau, Regionalität und Pfandglas vereinigt. Nicht unbedeutend für den Absatz ist sicherlich auch die Solidarisierung der Konsumenten mit dem Anti-AKW-Widerstand im Wendland. Die Haupt-Absatzmärkte der Milchkooperative lagen in Hamburg (Denree) und Berlin (Terra).

Biolandmilch aus dem Wendland war eine der teuersten auf dem deutschen Biomarkt, aber dennoch hat selbst Denree die Biomilch aus dem Wendland für den Hamburger Markt gelistet - die Nachfrage hat entschieden. Das hohe Preisniveau entspricht Ebelings Philosophie: „Es gibt auf dem Markt zwei Bereiche, zwischen denen man sich entscheiden muß: Entwe-

Kuh-Bilder gesucht

Was fällt KünstlerInnen zur Kuh ein? Die Landesvereinigung der Milchwirtschaft Nordrhein-Westfalen e.V. will es wissen und sucht die besten Arbeiten zum Thema und veranstaltet deshalb den Kunst-Wettbewerb KUH IM BILD. Gefragt sind vor allem Arbeiten von jungen Künstlern und von Nachwuchstalenten. Das Motiv Kuh sollte künstlerisch originell aufbereitet werden, Kühe können in neue Bezüge gestellt, verfremdet, aber auch realistisch zum Thema gemacht werden. Die Aussage der Werke ist dabei frei zu wählen. Zugelassen sind Papierarbeiten: Zeichnungen, Radierungen, Drucke, Aquarelle, Ölbilder, Illustrationen, colorierte Cartoons. Das beste Werk wird mit dem Hauptpreis von 1.000 DM ausgezeichnet. Für die Zweit- und Drittplazierten gibts Sachpreise. Einsendeschluß ist der 15. Juli 1998 bei: Landesvereinigung der Milchwirtschaft NRW, Stichwort KUH IM BILD, An der Piwipp 68, 40468 Düsseldorf. Die Werke werden zurückgeschickt, wenn der Einsendung ein frankierter Rückumschlag beiliegt.

Feneberg-Marke für regionale Bio-Produkte

Unter dem Dach einer neuen Feneberg-Marke wird der Allgäuer Lebensmittel-Filialist Feneberg ab Juni Lebensmittel aus kontrolliertem ökologischen Anbau der Region Allgäu/Schwaben anbieten. Etwa 500 Landwirte aus dieser Region, die Mitglied in einem anerkannten Öko-Anbauverband sind, werden die Produkte liefern. Dafür hat das Lebensmitteleinzelhandels-Unternehmen Lieferverträge abgeschlossen, in denen Qualitätsrichtlinien sowie Richtlinien für einen „lückenlosen Herkunftsnachweis der Lebensmittel“ enthalten sind. „Eine faire Preispolitik sichert ein höheres Einkommen für die Landwirte und ist damit ein Beitrag zur Erhaltung unserer Region und Kulturlandschaft“, so das Unternehmen. Anlaß für die regionale Initiative ist laut Feneberg „die Globalisierung des Lebensmittelmarktes mit ihren kritischen Folgen für die Landwirtschaft und das Allgäu“. Zum Familienunternehmen Feneberg gehören u.a. 70 Filialen und 8 große Einkaufsmärkte im Allgäu und Oberschwaben. Anfang 1996 startete das Unternehmen zusammen mit 40 Bio-Landwirten bereits ein eigenes JungRind-Fleischprogramm. uj

Regionalentwicklung auf Bayerisch

Was die Bayerische Staatsregierung unter Regionalentwicklung versteht, hat die Staatssekretärin im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, Marianne Deml, am 13. Mai auf der 20. Fachtagung der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Amberg erklärt. Sie führte aus, daß sich die Ländliche Entwicklung nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ seit über 100 Jahren (!) bewährt habe. Positive Effekte seien insbesondere die Rationalisierungsimpulse in der Landwirtschaft, der Entwicklungsschub für die Gemeinden sowie „die große volkswirtschaftliche Bedeutung“. So stelle Bayern jährlich rund 160 Mrd. Mark Fördermittel für Flurbereinigung und Dorferneuerung bereit und löse damit Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 1 Mrd. DM aus. Stolz verwies Deml auf die Bilanz der letzten 10 Jahre: Ausbau von 700 km Gemeindestraßen und 6.000 km Feld- und Waldwegen, 3.000 neue Wasser-Rückhaltebecken, Heckenpflanzungen auf 2.300 km Länge, Neuordnung von 350.000 ha landwirtschaftlicher Flur. pm

Bayerisches Qualitätssiegel für Teigwaren

Für Nudeln aus garantiert bayerischen Rohstoffen gibt es jetzt das Bayerische Qualitätssiegel. Den ersten Lizenzvertrag zur Nutzung des entsprechenden Zeichens (Qualität aus Bayern – Garantierte Herkunft) übergab Landwirtschaftsminister Bocklet an den Münchener Nudel-Hersteller Bernacher. Für die Herstellung der Produktlinie „Biss & schmeckt“ wird ausschließlich bayerischer Hartweizengries verwendet. Als Richtlinien für die „Qualität aus Bayern“ gelten diejenigen des Bayerischen Landeskuratoriums für pflanzliche Erzeugung, wonach es keine bedeutenden Einschränkungen für die Landwirte gibt. Der Minister sprach von „nachvollziehbarer Qualität“, die heute erforderlich sei, um sich am Markt auf Dauer zu behaupten. Nur so sei es möglich, sich aus der „Standardisierung, Anonymisierung und bunten Unübersichtlichkeit des Angebots“ herauszugeben. pm

Ökolandbau-Wochen in Hamburg, 5. – 28. Juli

Um noch mehr Hamburger für den Ökologischen Land-, Obst- und Gemüsebau in ihrer Stadt zu interessieren, sind zahlreiche Veranstaltungen, Hofbesichtigungen, Aktionen sowie ein Öko-Aktionsmarkt auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (15. – 17.6.) geplant. Hoffeste finden statt auf folgenden Ökohöfen: Hof Eggers am 27.6. (Kirchwerder Mühlendamm), Hof Timmermann am 20.6. (Sülldorfer Krichenweg), Gut Wulfsdorf am 6.6. (Bornkampsweg, Ahrensburg) und Gut Wulksfelde am 4.7. (Wulksfelder Damm, Tangstedt). Programmhefte bei der Umweltbehörde, Billstr. 84, 20539 HH (☎ 040-7880-3246) oder beim Ökomarkt e.V., Kurfürstenstr. 10, 22041 HH (☎ 040-6565042). en

EU-Parlament gegen Tierfutterantibiotika

Auf Initiative der Grünen warnt das Europäische Parlament in einer Entscheidung vor Gesundheitsrisiken durch Antibiotika im Tierfutter und forderte die EU-Kommission auf, die EU-Gesetzgebung auf Vorschriften bezüglich der Verwendung von Futterzusatzstoffen zu überprüfen. Obwohl der Gebrauch einiger Antibiotika in der EU verboten ist, ist der prophylaktische und wachstumsfördernde Einsatz dieser Medikamente noch immer weitverbreitet und legal. Schweden, das die Verwendung von Antibiotika für diese Zwecke gänzlich verbietet, hat nun die Kommission aufgefordert, seinem Beispiel in der gesamten EU zu folgen. pm

KURZES AM RANDE

Keine Kann-Krücke

Gen-Kennzeichnung für Soja und Mais beschlossen

Gegen die Kann-Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel hat sich jetzt die EU ausgesprochen. Damit müssen alle Produkte, die genmanipuliertes Soja oder Mais enthalten, eindeutig gekennzeichnet werden. Die Ende Mai vom Ministerrat verabschiedete Verordnung sieht auch vor, eine

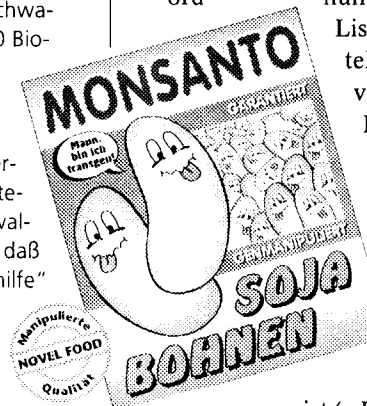
Liste von Nahrungsmitteln zu erstellen, die von vornherein von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind. Hierbei handelt es sich um Produkte, bei denen aufgrund von Verarbeitung eine gentechnische Veränderung nicht mehr festzustellen

ist (z.B. Öle). Außerdem sind Mindestgehalte an Gentechbestandteilen (z. B. durch Verunreinigungen) auch für gentechfrei-gekennzeichnete Produkte zulässig.

Der federführende Wirtschaftskommissar Bangemann hatte sich für eine Regelung eingesetzt, bei der Produzenten, die kein Interesse an der Feststellung, ob Gentech in ihren Produkten mit dabei ist

oder nicht, eine „Kann-Gentech-enthalten“ Deklaration hätten wählen können. In kürzester Zeit hätten die Verbraucher dann wieder kaum eine Wahl gehabt. Das EU-Parlament hatte diese Kann-Kennzeichnung ebenso abgelehnt wie die meisten Mitgliedsstaaten im Rat. Allerdings wäre bei letzteren ein einstimmiges Votum notwendig gewesen, um Bange-manns industriefreundliche und verbraucherfeindliche Kommissionsvorlage zu kippen. Schließlich hat sich die Kommission zum Einlenken bereit erklärt und das Papier entsprechend der Rats-Mehrheitsmeinung abgeändert.

Mit der Verordnung zu Mais und Soja konkretisiert die EU erstmals die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel. Eine Sonderregelung für diese beiden Arten war nötig geworden, weil sie gentechnisch verändert bereits vor Einführung der eigentlich zuständigen Novel Food Verordnung in Europa vermarktet werden durften. Da es für die bereits im letzten Frühjahr verabschiedete Novel Food Verordnung immer noch keine Durchführungsbestimmungen gibt (verantwortlich ist auch Bangemann), gilt die jetzige Mais/Soja-Regelung als richtungsweisend. pm



BUND ohne NEULAND

Fleisch-Kampagne setzt auf Öko

Fleisch ohne Risiko“, unter diesem Motto startete der BUND seine Kampagne gegen Fleisch aus Massentierhaltung und mit unsicherer Herkunft. In einer Umfrage bei 2500 Supermärkten und Metzgereien hatten BUNDler ermittelt, daß sich von 90 % des verkauften Fleisches keine genaue Herkunft ermitteln läßt. Diese Angabe bezeichnete der Geschäftsführer des DBV, Born, ohne allerdings gegenteilige Ergebnisse präsentieren zu können, als „maßlos überzogen.“ Weiter förderte die BUND-Umfrage zu Tage, daß nur ein geringer Teil der Fleisches, was über die Handelsketten Rewe, Spar, Metro und Lidl&Schwarz verkauft wird, aus irgendwelchen Markenfleischprogrammen, und sei es nur aus dem CMA-Prüfsiegel-Programm, stammt. Lediglich Edeka und tegut verfügten über 100 % Markenfleisch und z. T. ein Ökosortiment. Bei einer Bewertung der einzelnen Markenfleischprogramme kommt der BUND in seiner Presseinformation zum „eindeutigen Ergebnis: wirklich vertrauenswürdig ist nur Öko-Fleisch.“ Deshalb lautet der Schluß für die Pressemitteilung: „Wer echtes Qualitätsfleisch aus

artgerechter Tierhaltung haben wolle, müsse Öko-Fleisch kaufen.“ Daß das eigene BUND-Kind NEULAND in der eigenen Untersuchung sogar mehr Plus-Punkte erhält als einige Programme von AGÖL-Mitgliedern, scheint nicht erwähnenswert, erfüllt das NEULAND-Programm doch nicht die Anforderung „ökologisches Futter“ aus den, für den „BUND wegweisenden Kriterien der AGÖL.“ Wichtige Ansprechpartner der Kampagne sollen laut Presseinfo Metzger sein, die „unabhängig von den großen Schlachthöfen auf Verbraucherwünsche reagieren können – z.B. durch das Anbieten von Ökofleisch.“ Daß der BUND auch mehr Metzger dafür gewinnen will NEULAND-Fleisch zu verkaufen, steht nur in einem internen Strategiepapier. Da findet sich der Hinweis, daß „der BUND im Rahmen seiner Kampagne die NEULAND-Initiative wesentlich stärker zur Profildarstellung nutzen kann als bisher.“ Das kann er sicherlich, vorausgesetzt er verrät demnächst der Öffentlichkeit auch etwas von der Existenz und den Eigenschaften von NEULAND. cs

Wieder rechtlich besetzt

Gen-Freisetter eröffnen die Saison – Besetzer eröffnen mit

Ende März/ Anfang April überschlugen sich die Ereignisse: Gerüchte, denen zufolge im Raum Göttingen an vier Standorten gentechnisch manipulierte Zuckerrüben freigesetzt werden sollten, bestätigten sich. Das Institut für Zuckerrübenforschung (IfZ) führte sog. Informationsveranstaltungen kurz vor der geplanten Aussaat durch. Da es sich um nachgemeldete Standorte nach dem 'Vereinfachten Verfahren' handelt, war eine Öffentlichkeitsbeteiligung nicht vorgesehen. Spontan bildete sich das „Aktionsbündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft“ und rief für den 6.4. zu einer Mahnwache am Acker in Rosdorf-Obernjesa auf. Der Acker wurde besetzt. „Ob es AgrEvo gefällt oder nicht – wir holen hier die Öffentlichkeitsbeteiligung nach!“ so eine empörte Rosdorferin.

AntragsstellerInnen für die bundesweit 24 Standorte dieser Versuchsreihe sind die Konzerne Monsanto und Hoechst Schering AgrEvo; die Rüben sind gegen die jeweils hauseigenen Totalherbizide resistent gemacht worden. Die Versuche werden allerdings vom IfZ – finanziert vom Verein der Zuckerindustrie und über Drittmittel – koordiniert und z.T. durchgeführt. Bernward Märlander, Leiter des Instituts, rechtfertigt die Versuche damit, daß 'unabhängig' von den Angaben der Chemieindustrie Spritzempfehlungen für die LandwirtInnen erarbeitet würden. Außerdem sollen die Auswirkungen unterschiedlicher Herbizidapplikationen auf Rübenantrag und Zuckergehalt untersucht werden. „Gleichgültig, wer die Versuche zu welchem Zweck und aus welchem Grund durchführt,“ so Inge Pickel, Bäuerin aus Nörten, auf einer Veranstaltung des Aktionsbündnisses, „die Anzahl der gleichen Versuche und ihre Verteilung auf viele Orte zeigt, daß an jedem dieser Standorte Akzeptanz für die sogenannte Grüne Gentechnik geschaffen werden soll.“

Fünf Wochen Ackerbesetzung in Obernjesa bedeuteten fünf Wochen Medienberichterstattung, waren begleitet von Veranstaltungen und

machten deutlich, daß Gentech nicht widerspruchsfrei hingenommen wird. „Ohne die Besetzung wäre es dem IfZ und der AgrEvo vermutlich gelungen, das Thema schnell unter den Teppich zu kehren“, meint ein Sprecher des Aktionsbündnisses. Zudem verzögerte sich die Aussaat in Nieder- und Obernjesa: Gedrillt wurde unter Polizeischutz am Tag der Räumung, am 11.5.98, über sechs Wochen nach der Aussaat 'normaler' Rüben in der Region. Praxisnähe und Vergleichbarkeit mit den fast vier Wochen vorher ausgesäten Versuchen sind in Frage gestellt. „Trotz Aussaat war die Ackerbesetzung ein Erfolg“, resümiert denn auch eine der BesetzerInnen. Besuche der Polizei und Drohgebärden der AgrEvo blieben während der Besetzung nicht aus. Für Heiterkeit sorgten dabei höchst peinliche Schreib- und Formulierungsfehler der AgrEvo. Auf von MitarbeiterInnen des



Villa B.Sätzer, Obernjesa (Foto: M. Schäfer)

IfZ aufgestellten Schildern stand, daß das Grundstück „wieder rechtlich besetzt worden“ sei. Zudem sind in einer Anlage der einstweiligen Verfügung, die von Hermann Harms als Vertreter der AgrEvo beim Amtsgericht Göttingen erwirkt wurde, folgende Sätze zu lesen: „Die Pachtfläche ist von Geg-

nern der Freisetzung besetzt worden. Höchst Schering AgrEvo GmbH wird gegen die Freisetzung vorgehen.“ Insgesamt sind für dieses Jahr an über 100 Standorten Freisetzungen geplant, viele davon im Vereinfachten Verfahren. Die Saison hat also gerade erst begonnen! sc

Abwarten und nicht beantworten

Fragebögen zur Erhebung von Nachbaugebühren flattern ins Haus

Mit der Einführung der Nachbauggebühr in das Sortenschutzgesetz soll den Bäuerinnen und Bauern wieder einmal politisch ein langjähriges Privileg aus der Hand genommen werden. Wahrscheinlich, damit dieser Umstand nicht so auffällt, hat sich der Bauernverband darauf eingelassen, mit den Pflanzenzüchtern ein Kooperationsmodell auszuarbeiten, bei dem nur VerwenderInnen von mehr als 40 % selbst nachgebauten Saatgutes zur Kasse gebeten werden. Andersherum: wer mehr als 60 % Z-Saatgut zukauf, zahlt keine Nachbaugebühren und wer mehr als 80 % Z-Saatgut einsetzt, bekommt sogar Prämien von den Züchtern zurück.

Die Züchterfirmen erkaufen sich also die Nachbaugebühren von den Bäuerinnen und Bauern ziemlich teuer. Trotzdem ist es der Ausverkauf des Landwirteprivilegs, daß der Bauernverband unterstützt.

Adi Lambke vom AbL-Bundesvorstand fragt, warum der DBV statt dessen nicht die Bäuerinnen und Bauern darauf hingewiesen hat, daß eine Klausel in der Sortenschutzverordnung gibt, die besagt, daß diejenigen, die EU-Sorten bereits vor dem Inkrafttreten des EU-Sortenschutzgesetzes 1994 angebaut haben, dies auch weiterhin bis zum 30. Juni 2001 tun dürfen, ohne Nachbaugebühren bezahlen zu müssen. Oder: Warum legt der Bauernverband keine Liste mit Sorten vor, die frei sind und ohne Nachbaugebühren angebaut werden dürfen?

Erst jetzt geht der Bauernverband in seinen Mitteilungen auf die Tatsache ein, daß es die EU-Sortenklausel sowie freie Sorten gibt und verweist auf genauere Informationen zu einem späteren Zeitpunkt. Als ob dann noch jemand anbautechnisch darauf reagieren könnte!

Zu allem Überfluß macht „der Bauern-

verband mit dem Kooperationsabkommen auch noch Klientelpolitik zu Gunsten der größeren Ackerbauern.“ Es könnte nämlich nicht von den nach der EU-Prämienregelung definierten Kleinerzeugern genutzt werden. Das hängt damit zusammen, daß die Kleinerzeuger per Gesetz von der Nachbauggebühr befreit sind, nichts desto trotz könnten DBV und Züchterfirmen ihnen ja aber bei einem über 80 % tigen Z-Saatguteinsatz Rabatte in Aussicht stellen.

Der AbL-Bundesvorstand rät jedenfalls allen Bäuerinnen und Bauern angesichts der Tatsache, daß Nachbaugebühren grundsätzlich in Frage zu stellen sind, die bereits bei einigen im Postkasten gelandeten Fragebögen nicht auszufüllen und zurückzuschicken sondern erst einmal abzuwarten.

cs

Infos: Adi Lambke, ☎ 05864/233



Am 1. Mai kamen 30 Frauen aus etwa 20 Ländern anlässlich der UN-Konferenz zur Biodiversitätskonvention (BDC) in Bratislava zusammen, die das internationale Frauennetzwerk „Diverse Women for Diversity“ (Unterschiedliche Frauen für Vielfalt) den Nichtregierungsorganisationen aus Afrika und Südamerika und der UN-Konferenz vorstellen wollten; sie wollten klar machen, daß Frauen weltweit einen anderen Standpunkt zu Fragen der Biodiversität, der Biotechnologie, der Patentierung von Leben, der Nahrungs- und Agrarpolitik und insgesamt zur neoliberalen Globalisierung der Wirtschaft vertreten als die Multis und die meisten Regierungen.

„Diverse Women for Diversity“ ist eine Initiative, die, ausgehend vom Süden eine internationale Frauenkoalition schaffen will, die der Globalisierung und ihren zerstörerischen Auswirkungen auf Mensch und Natur vielfältige Alternativen auf der lokalen und eine gemeinsame Gegenstrategie auf der globalen Ebene gegenüberstellen will. Vor allem stellt dieses Netzwerk den gewalttätigen, neokolonialen, homogenisierenden Tendenzen des transnational operierenden Kapitals die Verteidigung der biologischen und kulturellen Vielfalt als wichtigsten Wert entgegen: „Gewaltsame Technologien und ein gewalttätiges ökonomisches System schaffen gewalttätige Gesellschaften – ein Land nach dem anderen versinkt in einem Teufelskreis von ökonomischer Unsicherheit, sozialem

Verfall und Desintegration. Als einfache Frauen aus der ganzen Welt wollen wir, daß dieser Wahnsinn endet.“

Ein weltweites Netz

Das Netzwerk ging aus einer 1996 von Maria Mies und Vandana Shiva ge-

„Diverse Women for Diversity“

Während der UN-Biodiversitätskonferenz, auf der es um die Fortentwicklung der 1992 beschlossenen Konvention zu Erhalt und Nutzung biologischer Vielfalt ging, trafen sich Frauen eines weltumspannenden Netzwerkes um sich über lokale Alternativen und globale Strategien jenseits der „offiziellen“ Vielfaltdebatte auszutauschen.

starteten Initiative hervor, die den „Leipziger Appell: Nahrungssicherheit muß in der Hand von Frauen bleiben“ lanciert hatten. Diese Initiative wurde fortgeführt auf dem „Women's Day on Food“ im November des gleichen Jahres, während des Welternährungsgipfels in Rom. Dort wurde von Vandana Shiva das Netzwerk „Diverse Women for Diversity“ ins Leben gerufen.

Das Programm in Bratislava umfaßte folgende Schwerpunkte, zu denen verschiedene Frauennetzwerke schon seit Jahren arbeiten:

- Frauen und Nahrungssicherheit (Agrar- und Nahrungspolitik)
 - Frauen und Gesundheit
 - Biodiversität und Biotechnologie
 - Frauenwissen und intellektuelle Eigentumsrechte (GATT und TRIPS)
 - Globalisierung und ökonomische Diversität
 - Frieden und kulturelle Diversität
- Zu diesen Themenbereichen trugen

verschiedene Frauen kritische Analysen und Informationen vor und berichteten über lokale Initiativen, die aufzeigten, daß die oft wiederholte Behauptung, es gäbe zum herrschenden Wirtschaftssystem keine Alternative, nicht stimmt. Die Kritik der Teilneh-

gepredigten „modernen“ Landwirtschaft ist das Ergebnis langjähriger Zusammenarbeit zwischen UBINIG, einem Zentrum für alternative Forschung in Dhaka, und den Bauern. In einem Workshop hatten Bauern analysiert, was die Grüne Revolution ihnen gebracht hatte. Besonders die Frauen kritisierten die Grüne Revolution und ihre Folgen. Sie habe die Fruchtbarkeit der Erde zerstört, die Artenvielfalt. Vor allem habe sie die Gesundheit der Frauen und Kinder zerstört, die kleinen Fische in den Teichen und auf den Reisfeldern – wichtigste

Proteinnahrung der Armen – vernichtet. Sie habe die Bauern von ausländischen Saatgut- und Chemiefirmen abhängig gemacht und viele Kleinbauern ruiniert. Die „Grüne Revolution“ habe außerdem den Beziehungen zwischen Männern und Frauen zerstört. Früher waren die Frauen die „Hüterinnen des Saatgutes“, sie bewahrten die Vielfalt, wußten, wie die Samen der verschiedenen Pflanzen zu ernten, aufzubewahren und auszusäen waren: der Bauer war auf das Wissen seiner Frau angewiesen. Mit der „Grünen Revolution“ wurde dieses Frauenwissen überflüssig. Der Bauer bezog sein Saatgut von Monsanto, Cargill, AgrEvo etc. Er brauchte nicht mehr Rücksicht auf seine Frau zu nehmen. Das ist der Grund, warum Frauen die ersten waren, die sich dem NKA anschlossen und ihre Männer dazu überredeten, das alte Saatgut wieder zu züchten, Kompost statt Chemiedünger zu benutzen und sich zu „pestizidfreien Dörfern“ zu erklären. Heute gibt es wieder eine große Anzahl heimischer Reissorten und Fruchtbäume. Der NKA ist auch ein Beispiel dafür, daß die Wiedergewinnung der biologischen Vielfalt aufs engste verknüpft ist mit der Wiederbelebung der kulturellen Vielfalt und Kreativität und der Gesundheit und Würde der Menschen. Der NKA hat auch die bäuerlichen Gemeinschaften wieder gestärkt. Durch Selbstorganisation, Selbstversorgung, Erhalt der biologischen und kulturellen Vielfalt sind sie in der Lage, den Erpressungen des Agrobusiness und der Politiker zu widerstehen.

Maria Mies

Infos: Maria Mies, ☎ 0221/135249

Terminator-Technik

Das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) und der mittlerweile von Monsanto aufgekaufte weltgrößte Baumwollsaatgutkonzern Delta & Pine Land Co. haben gemeinsam ein gentechnisches Verfahren entwickelt, mit dem Saatgut so verändert werden kann, daß daraus entstehende Samen ihre Keimfähigkeit verlieren. Darauf wurde ihnen in den USA bereits Patentschutz erteilt, in 78 weiteren Staaten und beim EU-Patentamt ist er beantragt. Das USDA hat rund 190.000 \$ Forschungsmittel zur Verfügung gestellt, Delta & Pine Land Co. besitzt die Exklusivnutzungsrechte an dem von ihnen selbst als Terminator Technologie bezeichneten Projekt. Die Erschließung neuer Marktsegmente, vor allem in der 2. und 3. Welt durch die Kontrolle der Fremdbefruchter wie Weizen, Reis, Soja (Selbstbefruchter lassen sich bereits durch Hybridisierung kontrollieren), wo bisher der Großteil der Ernten aus nachgebautem Saatgut stammen, ist das erklärte Ziel des Konzerns. Aber auch in den industrialisierten Ländern liegt der Nachbauanteil bei 50 %. Grund genug, eine biologische Kontrollmöglichkeit, effektiver wirkend als rechtlichen Barrieren wie Patentschutz o.ä., zu etablieren, äußerte ein Sprecher des USDA.

Grüne Gegenrevolution

Zu den positiven Gegenbeispielen gehörte der Bericht von Farida Akhter über den Naya Krishi Andolon (NKA), eine neue Bauernbewegung in Bangladesh, in der sich bereits 25.000 Bauern verpflichtet haben, keine Pestizide, keinen Chemiedünger und kein Saatgut der „Grünen Revolution“ mehr zu benutzen. Sie nehmen auch keine Mikrokredite mehr von der Regierung, mit denen sie dann z. B. Saatgut von Monsanto kaufen müssen um Mais anzubauen, der dann nach Australien exportiert wird. Sie benutzen auch keine Tiefbohrbrunnen mehr, weil sie das Grundwasser bewahren wollen. Diese Ablehnung der überall





Reinhard Jacobs zwischen den „alten Schätzen“

schmacksmachern“ ausgesetzt. Im Supermarkt gibt es eine, höchstens zwei Sorten im Angebot, die moderne, gelbe, festkochende, schlank-längliche, lighte Salatkartoffel, im Gegensatz zu mehlig, bläulich, knödelig, dickmachend. Das traditionell in Süd- und Ostdeutschland andere Sorten als im Norden bevorzugt werden, darauf kann der überregionale Lebensmittel Einzelhandel kaum Rücksicht nehmen. Die variationsreiche Kartoffel präsentiert sich der Öffentlichkeit derzeit mit eingeschränktem Erscheinungsbild.

Trotz dem bei uns 160

Benstelle der Genbank Gatersleben in Groß Lüsewitz und dem Landesamt für Großschutzgebiete in Brandenburg rund 250.000 DM zur Verfügung gestellt. Ein Projektstandort ist bei der „Landschaftspflege GmbH“, einem ökologisch wirtschaftenden Teil einer Ex-LPG in der brandenburgischen Elbtalaue angesiedelt. Dort, im Biosphärenreservat, nahe dem Ort Lenzen hat Reinhard Jacobs vor vier Jahren die ersten 13 alten Sorten (die meisten waren vor 50 bis 100 Jahren zugelassen) von der Genbank in Groß Lüsewitz gepflanzt. Jedes Jahr kamen dann ein paar Sorten hinzu, es wurden aber auch einige, die aufgrund hoher Virusempfindlichkeit schnell stark abgebauten, wieder aufgegeben. Mittlerweile stehen in Lenzen 40 Sorten, darunter auch 'Industrie' oder so traditionsreiche Exemplare wie Böhms 'Ackersegen' und lokale Spezialitäten wie das 'Bamberger Hörnchen' aus Franken. Natürlicherweise verhalten sie sich sehr unterschiedlich und nur einige sind unter der Voraussetzung einer weiteren konse-

quenten Gesunderhaltungszucht tatsächlich für einen heutigen Erwerbsanbau geeignet. Sie bieten einen anderen Geschmack und ein

anderes Aussehen als die heutigen Sorten, viele ältere Leute verbinden Vergangenheit damit. So ist es nicht verwunderlich, daß ein reges Interesse an den Lenzener Nachkommenschaften besteht. Da zunächst kaum Speiseware zur Verfügung stand, läuft eine Vermarktung über zwei örtliche Gastwirtschaften und den Lenzener Markt gerade erst an. Geht es nach Rudi Vögel, Betreuer des Projekts im Landesamt in Eberswalde, so soll dies weiter ausgebaut werden und die Erhaltungszucht zukünftig selbst tragen.

anderes Aussehen als die heutigen Sorten, viele ältere Leute verbinden Vergangenheit damit. So ist es nicht verwunderlich, daß ein reges Interesse an den Lenzener Nachkommenschaften besteht. Da zunächst kaum Speiseware zur Verfügung stand, läuft eine Vermarktung über zwei örtliche Gastwirtschaften und den Lenzener Markt gerade erst an. Geht es nach Rudi Vögel, Betreuer des Projekts im Landesamt in Eberswalde, so soll dies weiter ausgebaut werden und die Erhaltungszucht zukünftig selbst tragen.

Schranke Saatgutverkehr

Eine Abgabe von Pflanzgut gestaltet sich schwieriger, ist doch laut Saatgutverkehrsgesetz der Verkauf von Pflanzgut nicht zugelassener Sorten (zumindest noch) verboten. In Brüssel wie auch beim Bundessortenamt gibt es derzeit Bestrebungen, diesen Bereich zu regeln. Nur über eine unbürokratische, kostengünstige und den Initiativen Gestaltungsraum gebende Regelung, kann eine Weiterentwick-

lung in Sachen Erhalt genetischer Vielfalt und ökologischer Züchtung gewährleistet werden.

Derweil gibt Reinhard Jacobs in Lenzen Pflanzgut an GärtnerInnen und LandwirtInnen nur gegen Spenden über einen innerhalb des Projekts gegründeten Verein ab. Größere Partien, abgesehen davon, daß es die bisher kaum gibt, sind immer ein bißchen delikat, „da muß man dann so einen ideellen Kranz drum winden“, so Rudi Vögel. Bisher hat das der besonderen Projekt-Zusammenarbeit keinen Abbruch getan, ist es doch das einzige, mit nennenswerter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen

(NRO's), was nach der EU-Verordnung 1467 zum Erhalt genetischer Ressourcen gefördert wird. Die Verordnung hatte derzeit hohe Erwartungen bei den NRO's geweckt. Umso herber war die Enttäuschung, als man sich mit einem aufwendigen Antragsverfahren und einem konservativen Wissenschaftlichkeitsanspruch konfrontiert sah. Das EU-Parlament hat nun das Programm evaluiert und Änderungen zugunsten stärkerer Fördermöglichkeiten für NRO's gefordert. Daß er sich mit einem Vielfaltprojekt auch auf politisches Parkett begibt, gehört für Rudi Vögel im Hinterkopf mit dazu, auch wenn er es manchmal als ganz hilfreich empfindet, „die Kritik an der 'Grünen Revolution' hinter der Ideologie 'Biosphärenreservat' verstecken zu können.“

Infos: R. Vögel ☎ 03334/5822311

Alte Sorten als Kartoffelpuffer

Ein Projekt, das die Vielfalt sichern hilft und sich gastronomisch sichern soll

Wer bei der Kartoffelsorte 'Industrie' an ein Kind der 90er Jahre denkt, züchterisch ausgestattet mit besonderer Eignung für die Stärkeproduktion, ist auf dem Holzweg. 'Industrie' wurde bereits 1900 als erste gelbfleischige Sorte für den Geschmack der Menschen im Ruhrgebiet gezüchtet – namentlich passend zum Leben der KundInnen. Sie besaß damals eine hohe Anbaubedeutung in Deutschland, gehen doch letztendlich alle gelbfleischigen Sorten auf sie zurück. Warum ihr Stern dann schließlich verblaßte, läßt sich nicht genau nachvollziehen. Es ist nicht nur der überholende Züchtungsfortschritt, sonst wären krankheitsanfällige Altstars wie 'Bintje', 'Linda', oder die immer noch den ehemaligen Klassenfeind untergrabende DDR-'Adretta' längst weg vom Fenster. Kartoffeln sind eins der wenigen Nahrungsmittel, bei dem viele Menschen etwas mit einzelnen Sortenamen verbinden. Andererseits sind VerbraucherInnen auch hier zunehmend der Beeinflussung von „Ge-

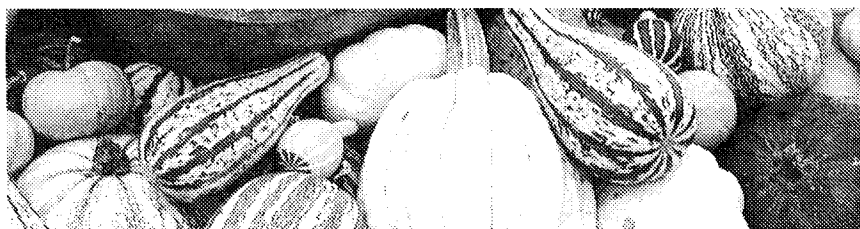
Kartoffelsorten zum Anbau zugelassen sind, werden lediglich 30 in relevantem Umfang angebaut. Zugelassene Kartoffelsorten müssen die Züchter mit viel Aufwand gesund erhalten, deshalb ist ein nachlassender Marktumsatz mit der Streichung aus dem Sortenangebot verbunden. Danach kommt das Abschieben auf die Genbank.

Alte Sorten neu

Aus dem dort schlummernden Potential einige alte Sorten wiederzuerwecken, ihre ertragliche Leistungsfähigkeit, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Viren und der Kraut- und Knollenfäule und Geschmack und Ansehlichkeit unter den heutigen Anbaubedingungen des ökologischen Landbaus zu evaluieren, ist Ziel eines EU-Projektes. Unter dem Dach einer niederländischen Genbank wurden dafür 1994 der österreichischen Arche Noah, der britischen Henry Doubleday Research Association (beides Nichtregierungsinitiativen), der Au-



Wer weiterlesen möchte zu Biodiversität, Pflanzengenetischen Ressourcen und Agrarkultur, Initiativen wie die Arche Noah, Genbanken wie die in Gatersleben und eine Vielfalt an Vielfaltideen sucht, dem sei das Buch „Lebendige Vielfalt“ (siehe S. 21, ABL-Drucksachen) empfohlen.



Natur neu erfindbar

Europäisches Parlament genehmigt Patente auf Leben

Am 12.5.98 stimmte das Europäische Parlament in Brüssel der Patentrichtlinie ohne Änderungen zu. Menschliche Gene, Teile des menschlichen Körpers, Pflanzen und Tiere sind demnach patentierbare Erfindungen. Am selben Tag schickte die „European Alliance of Genetic Support Groups“ (EAGS) ein Fax nach Strasbourg, das erst nach der Abstimmung eintraf. Aus dem Fax geht hervor, daß dieser europäische Dachverband, der Patienten mit Erbkrankheiten vertritt, die Patentierung menschlicher Gene ablehnt. Wäre das Fax rechtzeitig angekommen, hätten es die Abgeordneten es noch einmal schriftlich gehabt, daß sie Opfer einer infamen Indu-

strie-Intrige geworden sind: Die EAGS (beziehungsweise einige ihrer Funktionäre) war zuvor monatelang unter dem Slogan „Patents For Life“ für die Patentierung menschlicher Gene eingetreten. Es war die Organisation, die über Monate in Brüssel die intensivste Lobbyarbeit für die Richtlinie leistete. Die Industrie hatte mit Hilfe der EAGS den Abgeordneten in Brüssel und Strasbourg eine systematische Gehirnwäsche verpaßt. Tenor: Werden Gene nicht patentiert, gibt es keinen medizinischen Fortschritt. Dieses Argument, das die wahren Verhältnisse auf den Kopf stellt (in vielen Fällen behindern Gen-Patente Forschung und Entwicklung erheblich),

kam bei den Abgeordneten durch. Niemand will schließlich Patienten die notwendige Hilfe vorenthalten. Unterstützt wurde diese perfide Strategie der Industrie durch den Berichterstatter des Parlamentes, den SPD Politiker Willi Rothley, der aus welchen Gründen auch immer, dem Parlament gegenüber konsequent als Anwalt der Industrie agierte.

Privilegien beschnitten

Über Themen wie die Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren konnte in dieser Atmosphäre kaum mehr ernsthaft diskutiert werden. Weitgehend unbeachtet blieb deswegen von den Abgeordneten, daß die Richtlinie in diesem Bereich wesentlich weiter geht als dies selbst von Kritikern im Vorfeld befürchtet worden war. Ausdrücklich können jetzt Patente auf auch auf eine „Pflanzengesamtheit“ erteilt werden, „auch wenn sie Pflanzensorten“ umfaßt (Erwägungsgrund 31). Die Grenze zu den bisher eindeutig nicht patentierbaren Pflanzensorten wurde damit weitgehend aufgehoben. Folgerichtig wird der Züchtervorbehalt (die bisher geltende Regel des freien Zugangs zu geschützten Sorten, um daraus neue Sorten zu entwickeln) abgeschafft. Nur in Fällen, in denen ein „erhebliches finanzielles Interesse“ nachgewiesen werden kann, besteht noch Aussicht auf eine Zwangslizensierung (Art. 12,3b). Sogar die Verbesserungen, die das Parlament in der ersten Lesung 1997 beim Landwirteprivileg erkämpft hatte, wurden jetzt in zweiter Lesung (gegen den erklärten Willen des Agrarausschusses) wieder aufgehoben. Die Abgabe von Saatgut an andere Landwirte ist demnach nicht vom Landwirtevorbehalt abgedeckt (Art.11).

Schlußstrich gezogen?

In den letzten Wochen konnte von Organisationen wie „Kein Patent auf Leben!“ detailliert belegt werden, daß die Patienten in Wahrheit keineswegs für die Patentierung menschlicher Gene eintreten. Viele Patientenorganisationen machten ihre ablehnende Haltung

nach und nach öffentlich. Schließlich machte sogar die EAGS – wenn auch zu spät – ihre wahre Position deutlich. Es wurde klar, daß die Kampagne für die Richtlinie von der Industrie bezahlt und inszeniert worden war. Auch aus der Landwirtschaft kam vermehrt Kritik. Die Europäische Bauernverbände COPA und COGEA kritisierten den weitreichenden Patentschutz in der Pflanzenzüchtung, sogar der Landwirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtages verabschiedete wenige Tage vor der Abstimmung im EP einstimmig einen Antrag, in dem die Richtlinie komplett abgelehnt wurde. Der italienische Senat und das Parlament der Niederlande wandten sich mit Appellen an die Abgeordneten im Europäischen Parlament. In der internationalen Presse erschienen zunehmend kritische Beiträge. Doch diese Signale drangen nicht mehr bis ins Parlament durch. Nach zehnjähriger Diskussion wollte das Parlament endlich einen Schlußstrich ziehen. Damit flohen die Abgeordneten vor ihrer eigenen Verantwortung. Das Parlament war letztlich unfähig, die Argumente differenziert zu prüfen und ergab sich dem Druck der Industrie und der einpeitschenden Rhetorik von Willi Rothley. Damit wurde nicht nur in der Sache falsch entschieden, das Parlament verliert mit dieser Entscheidung auch Vieles vom jahrelang gehegten Image einer aufrechten und kompetenten Kontrollinstanz gegenüber den oft zu einseitigen Positionen der Europäischen Kommission.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Da die Richtlinie offensichtlich in Konflikt mit anderen Gesetzen wie der EU- Sortenschutzrichtlinie und dem Europäischen Patentübereinkommen steht, richtet sich die Aufmerksamkeit jetzt auf eine mögliche Klage. Wenn die Richtlinie wie geplant im September auf der Ebene der EU in Kraft tritt, verbleiben den Mitgliedsstaaten noch zwei Monate, um Einspruch vor dem Europäischen Gerichtshof einzulegen. *Christoph Then*

Infos: C. Then, Kein Patent auf Leben,
☎ 089/35651842

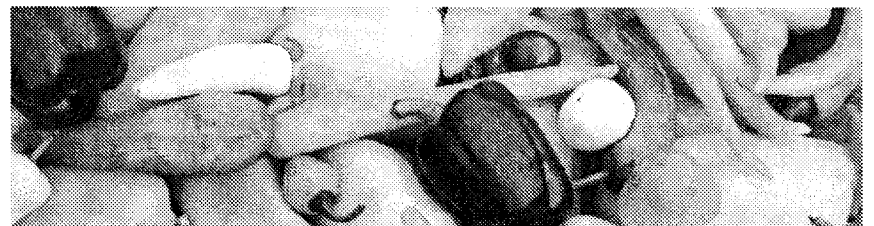


Postkartenaktion gegen Basmati-Patent, Infos im Internet: www.rafi.ca

Biopiraten wollen Basmati-Reis

Seit Jahrhunderten züchten indische Kleinbauern am Fuße des Himalaya den langkörnigen, nichtklebenden und aromatischen Basmati-Reis. Er ist nicht nur für die lokale Küche ein Festtagsreis, sondern auch ein wichtiges Exportprodukt. Jetzt hat die texanische Firma „RiceTec“ ein Patent auf eine ähnliche Reissorte erlangt, die sie als „American Basmati“ vermarkten will. Gegen diese „Biopiraten“ wehren sich die indischen Bauern mit einer Klage. Sie befürchten nicht nur Absatzeinbußen, sondern sehen sich

im Stolz auf eine alte Kulturation und deren Artenvielfalt an Kulturpflanzen getroffen. Bereits vor einigen Jahren hatten US-Konzerne Lücken in der indischen Rechtslage ausgenutzt, um sich am indischen Agrar-Kulturerbe zu bereichern: so der US-Konzern Grace, der sich ein Schädlingsbekämpfungsmittel auf der Basis des indischen Neem-Baumes patentieren ließ. Im letzten Jahr verhinderte die indische Regierung ein US-Patent auf die wundheilende Wirkung der indischen Gelbwurz. *en*



Nachhaltige Bilanz

Luxemburgs interessantes Konzept für eine andere Agrarpolitik

Als der Überzeugung, daß die derzeitige EU-Agrarpolitik den Bäuerinnen und Bauern in den benachteiligten Gebieten, zu denen auch Luxemburg gehört, kaum Zukunftschancen bietet“, entwickelte der Luxemburgische Herdbuchverband bereits vor einigen Jahren ein eigenes agrarpolitisches Konzept, das die Landwirtschaft nachhaltiger machen soll und diese Leistung dann entsprechend finanziell honoriert.

Der Status quo ist auch in Luxemburg eine hauptsächlich am Ertragsparameter orientierte Landwirtschaft. Dabei wird z.B. die Photosyntheseleistung der Pflanze weder qualitativ noch quantitativ bewertet, es erfolgt keine Prüfung, mit welchem Energie- und Nährstoffaufwand der Ertrag erzielt wurde, geschweige denn, ob dabei der Humus im Boden erhalten, vermehrt oder vermindert wurde. Durch diese Art des Wirtschaftens benötigen die europäischen Bäuerinnen und Bauern für ihre hohen Milchleistungen mittlerweile mehr als 5 Energieeinheiten Fremdenergie, um eine Energieeinheit Milch zu erzeugen.

Abkehr von der Spaltung

Der Landwirtschaft wird Umweltzerstörung vorgeworfen, dabei bedient sie sich lediglich der sonst akzeptierten unternehmerischen Grundsätze. Der Luxemburger Herdbuchverband will mit seinem Konzept durch den Rückzug aus marktwirtschaftlichen Zwängen hin zum Arbeiten mit der Umwelt, zum Kreislaufgedanken und will die Abkehr von der Spaltung in gute (bio) und böse (konv.) Landwirtschaft.

Deshalb soll jeder landwirtschaftliche Betrieb seine Erzeugung so ausrichten, daß im mehrjährigen Mittel die Gesamtenergiebilanz des Betriebes positiv ausfällt, die Gesamtnährstoffbilanz ausgeglichen ist und die Bodenfruchtbarkeit bis zu einem Optimum steigende Tendenz aufweist. Für diese Leistung würde der Betrieb nach den Vorstellungen der Luxemburger ein Grundeinkommen von der EU bekommen. Die erzeugten Produkte müßten ohne jegliche Stützung zu den Bedingungen des freien Marktes verkauft werden. Um die Durchführbarkeit der Bilanzierungsmethode zu testen, wurde 1993 mit 50 Betrieben aller Produktionsrichtungen (darunter 3 biologisch wirtschaftende) ein Projekt gestartet. Für die Betriebe wurden aufgrund ihrer Buchführungsdaten Hoftorbilanzen (jeglicher betrieblicher Nährstoff- und Energie-Import und Export, ausgenommen sind Auswaschungen und Luftstickstoffbindung durch Leguminosen) erstellt sowie der

Versuch einer Bodenfruchtbarkeitsbewertung unternommen. Die Ergebnisse verblüfften so manche/n BetriebsleiterIn, wurde doch offensichtlich, daß die Nährstoffbilanz weder eine Spiegelung der Energiebilanz ist noch sich eine der Produktionsrichtungen als die von vornherein nachhaltigere entpuppte. Der Zustand der Bilanzen scheint in erster Linie von dem/der BetriebsleiterIn abzuhängen. Zu kurz kam in diesen ersten Versuchen die Bewertung der Bodenfruchtbarkeit, da bisher keine wirklich geeignete Methode zu ihrer Erhebung gefunden wurde. Für Marita Hoffmann vom Herdbuchverband ist das ein schwerwiegendes noch zu behebendes Defizit, da sich eine umweltgerechte Landwirtschaft nicht ausschließlich über Energie- und Nährstoffbilanz definieren läßt (Spritzmittel machen z.B. in Energiebilanzen nicht so einen hohen Anteil aus wie gemeinhin angenommen). Hier setzt auch die Kritik biologisch wirtschaftender Betriebe an dem Modell an, stehen sie doch mit ihren Bilanzen, auch aufgrund der Nichteinbeziehung der Luftstickstoffbindung, nicht zwingend besser da als ihre konventionellen Kollegen. Deshalb wird momentan intensiv an der Entwicklung einer praxistauglichen Bewertungsmöglichkeit für den Parameter Bodenfruchtbarkeit gearbeitet.

Neben der Bilanzierung leistet der Luxemburger Herdbuchverband einzelbetriebliche Beratungsarbeit, um die Betriebe den gesteckten Zielen näherzubringen. Dabei stoßen sie oft genug an Grenzen, die sich aus dem vorherrschenden agrarpolitischen System ergeben: so ist es für die positive Energiebilanz (und als Gebot nachhaltiger Landwirtschaft!) zwingend, Sojaschrot durch einheimische Futtermittel zu ersetzen, ökonomisch macht es bei der derzeitigen Förder- und Preissituation nur selten Sinn.

Nach drei Jahren Projektlaufzeit mit den ersten 50 Betrieben bewilligte das Luxemburgische Landwirtschaftsministerium 1996 Mittel, um weitere 125 Betriebe mit aufzunehmen. Zusätzlich legte der Herdbuchverband ein Markenfleischprogramm auf, in dem sich die 170 mitmachenden Betriebe verpflichten, Bilanzen rechnen zu lassen. Somit wird demnächst eine breitere Datenbasis über eine wirkliche Praxistauglichkeit des Modells Auskunft geben. Derweil beschäftigen sich bereits Organisationen in Frankreich und Holland mit dem Luxemburger Konzept, und auch in die Diskussion um die AGENDA 2000 soll es Eingang gefunden haben. cs

KURZES AM RANDE

Geld oder Schweine?

Wenn sich Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern gegen die vom Agrar-Ministerium forcierte Ansiedlung von Schweine-Großanlagen wehren, dann werden sie bei der Vergabe von Fördermitteln im Rahmen von Dorferneuerung, Wegebau oder Flurneuordnung nur nachrangig berücksichtigt. Das hat Landwirtschaftsminister Brick in einem Erlaß so angeordnet. Zur Begründung hieß es, ein Kriterium zur Mittelvergabe sei die Investorenfreundlichkeit einer Gemeinde. Daß die Massentierhaltungs-Investoren ihre Gewinne selten zum Nutzen der jeweiligen Dörfer einsetzen, spielt dabei ebensowenig eine Rolle wie die Tatsache, daß die durchrationalisierten Großanlagen kaum neue Arbeitsplätze aber meist einen Haufen neuer Umweltprobleme schaffen. Die Opposition im Landtag fordert die Aufhebung der „schwarzen Liste“, auf der bisher etwa ein Dutzend von Gemeinden stehen. en/pm



Dorferneuerung auf Mecklenburg-Vorpommersch

Schadstoffe aus dem Klärwerk

Im Klärschlamm befinden sich offenbar nicht nur schädliche Stoffe aus den Abwässern, sondern auch bedenkliche Stoffe aus der Behandlung dieser Abwässer in den Klärwerken. Wie eine Studie des Umweltbundesamts ergab, handelt es sich dabei unter anderem um Emulsions-Polyacrylamide und Alkylphenoethoxylate, die zum Teil nicht biologisch abbaubar sind und auf Algen, Kleinkrebse oder Fische toxisch wirken bzw. deren Hormonsystem beeinflussen. Die bedenklichsten Stoffe sind nach der Studie die Dithiocarbamat-Derivate, chemisch verwandt mit den in der Landwirtschaft gebrauchten Carbamaten, die bei Wasserflöhen und Algen die stärkste Giftwirkung aller 300 untersuchten Stoffe zeigten. Eine richtige Dosierung im Klärwerk könne allerdings die Risiken verringern. Das Umweltbundesamt plädiert dafür, die Wirkung dieser Substanzen auf Boden und Wasser zu untersuchen und durch unbedenklichere Stoffe zu ersetzen, die biologisch abbaubar sind. en

Mit Windstrom dörfliche Selbstversorgung

Das 1.900-Seelen-Dorf Illmensee in Oberschwaben hat sich nach Angaben der taz zum Ziel gesetzt, noch in diesem Jahr seinen gesamten Strombedarf aus regenerativen Energien zu decken. Bereits vergangenes Jahr konnte die Gemeinde einen 3-Megawatt-Windpark in Betrieb nehmen, nun sollen noch einmal Anlagen zur Produktion von 4,5 Megawatt aufgestellt werden. Den jährlichen Strombedarf des Ortes werden die Anlagen auch in windarmen Jahren problemlos decken, Strom kann für Illmensee zum Exportgut werden. Darüber hinaus fördert die ökologisch aufgeschlossene Gemeinde Solar- und Hackschnitzel-Anlagen und setzt sich gemeinsam mit umliegenden Dörfern für den Bau einer Bio-gas-Anlage ein. pm

Fleischpakete für's Wegschauen?

Gegen das Schlacht- und Fleischunternehmen Barfuß im westfälischen Oer-Erkenschwick ermittelt die Staatsanwaltschaft. Die Firma steht im Verdacht, sich durch die Lieferung von Fleischpaketen an Polizisten unangenehme Transportkontrollen erspart zu haben. en

Vorsicht WTO – Dumping, Landflucht, Überfluß

Zahlreiche Protestaktionen begleiteten Genfer WTO-Konferenz

Arbeitskreis- Aufruf

Mehrere Abl-Mitglieder haben die Gründung einer Arbeitsgruppe Internationales angeregt. Schließlich ist die Abl als Mitglied bei CPE und Via Campesina geradezu aufgerufen, sich mit den Folgen der internationalen Agrarliberalisierung intensiv auseinanderzusetzen und im Netzwerk „La Via Campesina“ enger zusammenzurücken. Interessierte sind aufgerufen, sich möglichst bis zum 20. Juni mit der Abl-Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

Das höchste Organ der WTO (Welthandelsorganisation), die Ministerkonferenz, hat Ende Mai in Genf nicht nur den 50. Geburtstag des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) feierlich begangen, sondern auch die nächste Verhandlungsrunde vorbereitet, die voraussichtlich Ende 1999 beginnen soll. Laut Presseberichten waren sich die anwesenden Regierungsvertreter über den Fortgang der globalen Liberalisierung allerdings nicht unbedingt einig, und unterschiedliche Interessen in Nord und Süd, Ost und West scheinen zumindest deren Geschwindigkeit zu bremsen. Wie schon beim GATT ist die weitere Liberalisierung des Welthandels Ziel der Verhandlungen. Die Folgen für die Landwirtschaft sind bekannt: Produktpreissenkungen Richtung Weltmarktpreis, Abbau von Importbeschränkungen, Export-

schlachten um Marktanteile in aller Welt. Der Freihandel wurde in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt und bezieht nun, neben Waren, auch die für die Landwirtschaft besonders folgenreichen Aspekte wie Rechte geistigen Eigentums (Patente auf Lebewesen, z.B. Saatgut) und die Deregulierung multilateraler Investitionen mit ein. Besonders die Bauernorganisationen in den Ländern des Südens fürchten, daß weiterer, unerträglicher Druck auf die Landbevölkerung ausgeübt und die Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Markt durch billige Importe immer mehr zurückgedrängt wird. Nationale Agrarpolitiken können da kaum noch gestalten.

Genfer Erklärung von Via Campesina

Angesicht dessen werden in aller Welt kritische Stimmen immer lauter. So wurde das Genfer Treffen von zahlreichen Protestaktionen verschiedenster Art begleitet, veranstaltet von einem breiten Spektrum aus sozialen Bewegungen, Umweltaktivisten und sogar eher konservativen Teilen der landwirtschaftlichen Interessensvertretung.

Auch La Via Campesina, das weltweite Netzwerk von Bauern- und Bäuerinnen-Organisationen, traf sich in Genf und ging mit der Forderung an die Öffentlichkeit, den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus dem WTO-Regelwerk herauszunehmen. Im Rahmen der bisherigen GATT/WTO-Vereinbarungen sind Produktion und Verteilung von Lebensmitteln weltweit umstrukturiert worden. Die Kontrolle über das grundlegende Menschenrecht, Lebensmittel zu produzieren und sich zu ernähren, entgleitet den Bevölkerungen und sogar den nationalen Regierungen zunehmend. Für Via Campesina ist es daher unannehmbar, die Regeln zur Erzeugung von Lebensmitteln von der sogenannten „Freihandelsordnung“ und damit von den Transnationalen Konzernen, die den internationalen Handel dominieren, diktieren zu lassen.

Liberalisierungs-Folgen

Die in Via Campesina zusammengeschlossenen Gruppen sind sich einig, daß Landwirtschaft unter den Bedingungen der WTO die Erzeugung von Überschüssen für den Export in einigen Regionen der Welt bedeutet, gekoppelt mit der Zerstörung der Nahrungsmittelproduktion in anderen Gegenden. So haben im indischen Bundesland Andhra Pradesh im letzten Winter mehr als 400 vom Baumwollanbau abhängige Kleinbauern aus Verzweiflung Selbstmord begangen, weil

ihre wirtschaftliche Situation hoffnungslos war. Via Campesina prangert das durch die Handelsliberalisierung geförderte Dumping an: „Besonders die USA, EU und andere Industrieländer betreiben Nahrungsmittel-Dumping in weniger industrialisierte Länder. Gleich schädlich ist das Dumping, oft in Form von Sozialdumping, das den Handel aus etlichen Ländern des Südens charakterisiert.“ Verhängnisvoll ist auch die durch die Liberalisierung ausgelöste neue Welle von Landflucht: „Gegenwärtig besteht ein starker Druck für eine Deregulierung der Investitionspolitiken (Multilaterales Investitionsabkommen – MAI). Eine solche Politik wird katastrophal sein für das Management der natürlichen Ressourcen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln notwendig sind. Regierungen werden nicht länger die Möglichkeit haben, Landbesitz und Landnutzung zu organisieren, der Zugriff auf Land wird für Konzerne erleichtert, während Bauernfamilien immer weniger Zugang haben. Weltweit wurden Millionen von Bauernfamilien gezwungen, das Land zu verlassen, einschließlich zwei Millionen Menschen allein in den letzten Jahren in Brasilien.“

WTO und Gentechnik

Auch die Kochtöpfe europäischer VerbraucherInnen sind vor der WTO nicht mehr sicher. Die Genfer Erklärung: „Unterstützt durch die WTO zwingen die Konzerne den Verbrauchern gentechnisch manipulierte und unter Einsatz von Hormonen erzeugte Nahrungsmittel auf. Europäische Märkte werden zum Beispiel gezwungen, gegen den Willen der Bevölkerung genmanipuliertes Soja von Monsanto und unter Einsatz von Hormonen erzeugte Fleisch- und Milchprodukte zu akzeptieren.“

Über die Mitgliedschaft bei der Europäischen Bauernkoordination CPE gehört auch die Abl zu Via Campesina. Obwohl das „Bauernsterben“ in Europa immer noch durch verschiedene Programme der öffentlichen Hand sozial abgefedert wird, spüren wir auch hier immer deutlicher die Auswirkungen der weltweiten Agrarliberalisierung. Der Vorschlag zur Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik „Agenda 2000“ mit seiner Preissenkungs- und Weltmarktorientierung signalisiert deutlich die Anpassung der EU-Politik an die GATT/WTO-Vereinbarungen. Der internationale Zusammenschluß Via Campesina eröffnet uns die Möglichkeit, gleichzeitig weltweit und regional die bäuerliche Landwirtschaft zu verteidigen.

Jutta Uhlenbusch



„Bauern für eine nachhaltige Landwirtschaft und fairen internationalen Handel“. Eines von vielen Transparenten, die kurz vor der WTO-Ministerkonferenz Ende Mai durch Genf getragen wurden. Foto: Uhlenbusch

Die WTO

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT entstand im Jahr 1948, in einer Zeit, als die internationalen Handelsbeziehungen nach dem zweiten Weltkrieg neu geordnet wurden. Drei Institutionen sollten dabei eine Rolle spielen: die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und eine internationale Handelsorganisation. Das Gründungsdokument der Handelsorganisation wurde allerdings in mehreren Staaten nicht ratifiziert, so daß es nicht zur Einrichtung dieser Institution kam. Übrig blieb nur das GATT, das zwar nur als Übergangslösung gedacht war, aber trotzdem 46 Jahre überdauerte. Am 1.1.1995 schließlich wurde die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organisation) dann doch gegründet, als ein Ergebnis der Uruguay-Runde des GATT und gefördert durch die seit dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme ausgebrochene Euphorie bezüglich marktwirtschaftlicher Prinzipien.

Verglichen mit GATT, verfügt die WTO über eine stärker integrierte Struktur, eine größere organisatorische Geschlossenheit und eine weitergehende rechtliche Verbindlichkeit. Es gibt nicht mehr nur Vertragsparteien, sondern Mitglieder. Inzwischen sind alle Vertragsparteien des GATT der WTO beigetreten (132 Staaten), weitere Länder wie Russland und China stehen auf der Warteliste.

„Vorwärts zur Landwirtschaft“

„In Zukunft dürfte die Landwirtschaft an Bedeutung gewinnen“, prognostizieren Elmar Altvater und die Redaktion der „PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“. Wenn man das für die Zukunft „so wichtige Ziel der Nachhaltigkeit“ erreichen will, können erneuerbare Energien und Rohstoffe „nur in der Landwirtschaft bereitgestellt werden, die die Sonnenenergie einfängt und umsetzt“. Hierfür müsse aber die „Krise der industrialisierten Landwirtschaft“ überwunden werden.

Mit den sozial-ökologischen Folgen der landwirtschaftlichen Industrialisierung und der Liberalisierung der Agrarmärkte setzen sich die anregenden, sorgfältig recherchierten und durchdachten Artikel im PROKLA-Themenheft Landwirtschaft auseinander. Sie kritisieren die herrschende Agrarpolitik, bringen aber neue Aspekte in die Diskussion. Sie fordern zu politischen Konsequenzen heraus, die das Programm der Agraropposition bereichern können.

DBV im Osten

Ralf Clasen untersucht die „Transformation des DDR-Agrarsektors“. Er arbeitet heraus, warum die Auflösung der DDR-Landwirtschaft in bäuerliche Familienbetriebe staatlich nicht machbar war, aber auch nicht im Interesse der Ex-DDR-Landwirte lag. Dieser Entwicklung wäre beinahe der Deutsche Bauernverband (DBV) zum Opfer gefallen. Für Clasen ist der DBV eine „monopolistische Interessenvertretung“. Seine „Mitgliederbindung“ erreicht der DBV u.a. durch eine „Verlautbarungspolitik, die das Leitbild der bäuerlichen Landwirtschaft pflegt“. Mit diesem Leitbild konnte der DBV im Osten aber nichts erreichen. Clasen beschreibt, mit welchen politischen Schwächen der DBV einen konkurrierenden Ostverband verhindern konnte. Zugleich habe der DBV sein Leitbild der Bäuerlichkeit „regionalisiert“, d.h. auf den Westen beschränkt, während er für den Osten den Wettbewerb der Betriebsformen propagiere. Bei der Verteidigung seines Vertretungsmonopols könne der DBV auf seine „Verflechtung (mit) der Agrarbürokratie“ bauen, die Clasen genauer beschreibt. Hier nur wenige Stichworte: DBV und Agrarbürokratie verbinde das Interesse am Strukturwandel und an der Förderung der „großen und wettbewerbsfähigen Agrarbetriebe“, das sie durchsetzen könnten, weil die Agrarbürokratie parlamentarisch kaum kontrolliert werde. Sowohl in der EU als auch im deutschen PLANAK (Planungsausschuß von Bund und Ländern zur Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) sind die Agrarminister unter sich. Das Parlament lege zwar den finanziellen Rahmen fest, habe aber auf die konkreten Förderbedingungen keinen Einfluß.

Tanja Rauch analysiert, welche Folgen das GATT-Abkommen und die Liberalisierung der Agrarmärkte haben werden.

Die beschreibt „ernsthafte Konflikte: internationale Handelskämpfe, eine ökologische Mißwirtschaft, enorme Haushaltsbelastungen“, die sie auf den Agrarprotektionismus in der EU und anderen Ländern zurückführt. Wenn der Protektionismus „ernsthafte Konflikte“ verursacht, müßte die „Liberalisierung eine Lösung der jetzigen Probleme darstellen“. Rauch kommt aber zu einem zwiespältigen Ergebnis.

Lösung Liberalisierung?

Die Liberalisierung habe ökonomische Gewinner und Verlierer, die sie im einzelnen beschreibt. Zu den Verlierern zählen Staaten, die Grundnahrungsmittel importieren, und viele Agrarbetriebe in der EU, die nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Überleben können industrialisierte Agrarbetriebe, für die die Weltmarktpreise durchaus kostendeckend sind. Auch für den Umweltschutz sieht sie „sowohl Chancen als auch Gefährdungen“ und erläutert abschließend, wie Liberalisierung, Umweltschutz und Existenzsicherung verbunden werden könnten.

Außerordentlich spannend sind auch die Artikel von Brendon Gleeson, der das „Neuseeland-Märchen“ auseinandernimmt, und von Noam Chomsky, der das Auf-und-Ab des Freihandelsmythos vom Beginn der Industrialisierung bis heute auf den Boden der Tatsachen, spricht: der wirtschaftlichen Vorteile bringt.

Im Schatten der Grünen Revolution

Vathsala Aithal wirft einen „feministischen Blick auf das Wasser“ und analysiert die Schattenseiten der „Grünen Revolution“ in der 3. Welt. Sie zeigt, wie das „Konzept der nachhaltigen Entwicklung“ in Indien die Wasserversorgung der Armen auf dem Land verschlechtert und dabei vor allem die Frauen trifft. Nebenbei beschreibt sie Prozesse, die den preußischen Agrarformen im letzten Jahrhundert verblüffend ähnlich sind. Ramchandra Guha und Juan Martinez-Alier untersuchen die Ursachen der „genetischen Erosion“, die zu einem „evolutionären GAU“ führen kann. Gemeint ist die Sorten-

vielfalt der Kulturpflanzen und die traditionelle Züchtung namenloser Landsorten durch subsistenzwirtschaftliche Bauern in der 3. Welt. Die Gefahr ist, daß diese unzählbaren Landsorten durch eine überschaubare Anzahl von industriell gezüchteten Handelssorten verdrängt werden und daß die Saatgutunternehmen den Ast unter sich abschlagen, auf dem sie sitzen. Handelssorten müssen ständig verbessert werden, indem namenlose Landsorten eingekreuzt werden (siehe auch: Karl-Josef Müller, Alfons Üllenberg und Ursula Gröhn-Wittern im Kritischen Agrarbericht 1997). Guha und Martinez-Alier analysieren die internationalen Vereinbarungen zum genetischen Ressourcenschutz und verschiedene Regelungsmodelle. Sie erschüttern die Hoffnung auf marktkonforme Lösungen ökologischer Probleme und fordern „die internationale Bewegung zugunsten ökologischer Landwirtschaft“ auf, als „politische Bewegung zu agieren“, um die Bewahrung der biologischen Vielfalt und die ökologische Landwirtschaft als politisches Ziel durchzusetzen.

Ulrich Höpke

PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 108, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, ca. 170 S., 18,00 DM. Erhältlich im Abl-Verlag



Landwirtschaft hat Zukunft! (Foto:Eggersgluß)

Kuh-Wal-Verwandtschaft

Kühe sind entwicklungsge-schichtlich mit Walen oder Delphinen näher verwandt als mit Pferden oder Schweinen. Das haben japanische Wissenschaftler durch Untersuchungen des Erbguts herausgefunden.

Wilde Kühe

Im nordenglischen Chillingham nahe der schottischen Grenze lebt eine der ältesten Rinderherden Europas. Die Tiere wurden im 13. Jahrhundert durch den Bau einer Mauer im Garten des Schlosses Chillingham auf 1,5 km² eingezogen. Seitdem leben sie dort unter sich, verhalten sich Menschen gegenüber reserviert bis abweisend und stellen für VerhaltensforscherInnen interessante Untersuchungsobjekte dar. Schon ihr Aussehen ist etwas besonderes: Sie sind langhaarig weiß mit fuchsroten Ohren. pm

Agrarpolitische Vorschläge für NRW

Vorschläge für die rot-grüne Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen als Essenz aus einem neuen Gutachten der Gh Kassel

Die rot-grüne Landesregierung in NRW hat das Ziel, eine nachhaltige Landwirtschaft zu verankern. Die Arbeitsgemeinschaft ländliche Entwicklung an der Gesamthochschule Kassel bekam vom Ministerium für Umwelt Raumordnung und Landwirtschaft NRW den Auftrag, hierfür Vorschläge zu entwickeln. Die landesagrarpolitischen Vorschläge wurden anhand von zwei Beispielkreisen erarbeitet, die unterschiedliche, aber typische Regionen in NRW widerspiegeln.

Ausgewählt wurden der ländliche und flächenstarke Kreis Höxter und der am Ballungsrand des Ruhrgebiets liegende und daher dicht besiedelte und zersiedelte Kreis Unna. Die Landwirtschaft hat im Kreis Höxter, anders als im Kreis Unna, sowohl auf die Einwohner als auch auf die Wirtschaftskraft bezogen noch eine hohe Bedeutung. Für die Kreisanalysen wurde die Agrarstatistik aufgearbeitet. Außerdem wurden zahlreiche Interviews mit

Verbesserung der betrieblichen Wertschöpfung

Trotz staatlicher Zuschüsse kann in beiden Kreisen ein Drittel der Haupterwerbsbetriebe auf Dauer kein ausreichendes Einkommen erzielen. Eine Verbesserung der betrieblichen Wertschöpfung ist durch eine Förderung der regionalen Vermarktung und durch Maßnahmen der Markterweiterung zu erzielen. Im Kreis Höxter ist, anders als im Kreis Unna, die Direktvermarktung wenig entwickelt und stößt durch das viel geringere Verbraucherpotential an Grenzen.

Der Landesregierung wird daher eine Werbekampagne für regionale Produkte empfohlen. Um gezielte Verbraucherarbeit in der Region bzw. im Absatzbereich durchzuführen, sollten die Verbraucherzentrale NRW und ihre Außenstellen im Rahmen regionaler Vermarktungsförderung an-

tragsberechtigt sein. Über eine Mittelumwidmung ist der Finanzrahmen hierfür zu erweitern.

Der Bereich „Marketing und Öffentlichkeitsarbeit“ ist als eigenständiger Fördergegenstand aufzuwerten. Schulungen von Erzeugern sind damit vorrangig zu fördern.

Grundsätzlich ist die finanzielle För-

wandlung der Milchquoten in Lieferrechte.

Durch bestandsgrößenunabhängige Förderung von Stallneubauten sollte eine Investitionsförderung für angepaßtes Wachstum ermöglicht werden. Im Rahmen des AFP und der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten sollten sowohl die Neuanschaffung von Weidemelkanlagen und Weidekühlanlagen als auch die Umrüstung vorhandener Anlagen vorrangig gefördert werden. Für eine regionalisierte Grünlandförderung sollte ein Koordinationskreis Grünland eingerichtet werden.

Stärkerer Schutz für landwirtschaftliche Flächen

Durch die Nähe zum Ruhrgebiet besteht im Kreis Unna ein enormer Nutzungsdruck auf die Fläche. Jährlich geht der Landwirtschaft die Fläche von sechs durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betrieben

durch Siedlungs-, Verkehrsflächen oder für Naturschutz- und Erholungszwecke verloren. Um hier gegenzusteuern ist es wichtig, die Bedeutung nachhaltiger Landwirtschaft im Planungsrecht zu betonen. Eine nachhaltige Landwirtschaft erzeugt hochwertige Lebensmittel für die Region, schafft und sichert Arbeitsplätze und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Erholungslandschaft und unserer Lebensgrundlagen. Auch sollte die Landwirtschaftsklausel im Landschaftsgesetz von NRW erhalten bleiben.

Die Bewertungsverfahren für Eingriffe in Natur und Landschaft sind so zu ändern, daß sie nicht automatisch eine produktive Landnutzung abwerten und auf diese Weise Bauvorhaben auf landwirtschaftlichen Flächen legitimieren. Durch einen Erlaß sollte die Sicherung und Einführung nachhaltiger Wirtschaftsweisen als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe anerkannt werden.

Diese Maßnahmen sollten mit den Vorschlägen zur Grünlandsicherung in einem Rahmenkonzept „Naturschutz durch Naturnutzung“ öffentlich dargestellt werden. Hierunter fällt auch der Vorschlag, die Fördertatbe-

stände des Kulturlandschaftsprogrammes um umweltschonende Produktionsverfahren, die auch den Ackerbau miteinbeziehen, zu ergänzen.

Zukunftsbündnis für Arbeit, Umwelt und Landwirtschaft

Die Arbeitsüberlastung in der Landwirtschaft führt u.a. zu gesundheitlichen Problemen, Familienkonflikten, Hofaufgaben. Für die Umstellung auf ökologischen Landbau oder den Ausbau der Direktvermarktung fehlen die Arbeitskapazitäten, um den Mehraufwand auszugleichen.

Angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit ist das Beschäftigungspotential in der Landwirtschaft zu betonen und zu nutzen. Die Landesregierung sollte sich daher auf Bundesebene für eine beschäftigungsfördernde Neuausrichtung der Agrarpolitik einsetzen. Für NRW wird eine landwirtschaftliche Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik vorgeschlagen.

Beschäftigungspolitische Fördermöglichkeiten für die Einstellung und Qualifizierung familienfremder Arbeitskräfte sollen aufgezeigt werden. Die Verbindung zwischen Beschäftigungspolitik, Ökologisierung der Landwirtschaft und dem Ziel der Regionalisierung sollte bewußt gemacht werden.

In einem Landeswettbewerb „Zukunftsbündnisse für Arbeit, Umwelt und Landwirtschaft“ sollten Initiativen ausgezeichnet werden, die mit umweltverbessernden und regional orientierten vermarktungspolitischen Maßnahmen in der Landwirtschaft neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

Anke Schekahn



Szene vom Schwarzmarkt

Aus Much: Kraut und Rüben

derung von Projekten an die Vorgabe zu koppeln, daß bei vergleichbaren Angeboten der Zuschlag an Anbieter aus der Region gehen muß. Es sollte eine Erfolgskontrolle der Projektvorhaben durchgeführt werden.

Außerdem ist eine bessere Vernetzung zwischen Landwirtschaft und anderen Wirtschaftssektoren (z.B. Tourismus) sowie zwischen den Institutionen der Agrarförderung und denen anderer Wirtschaftsbereiche anzustreben.

Die aktuellen Rahmenbedingungen führen zu einem beschleunigten Wegbrechen der Milchviehwirtschaft in vielen Regionen des Kreises Höxter. Grünland wird aufgegeben oder in Acker umgewandelt. Wichtig ist daher die Förderung einer nutztiergebundenen Grünlandbewirtschaftung.

Sicherung der Grünlandbewirtschaftung

Bei der anstehenden Reform der Milchmarktordnung wird der Landesregierung empfohlen, sich für folgende Positionen einzusetzen: Orientierung der Milcherzeugung auf den Verbrauch innerhalb des EU-Binnenmarktes; Verzicht auf subventionierte Weltmarktexporte; Bindung der Kuhprämie an das Grünland und Um-

„Regionale Lösungen für regionale Probleme. Vorschläge zur Landesagrarpolitik entwickelt an zwei Kreisen in Nordrhein-Westfalen“ (Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadt- und Landschaftsplanung, Heft 132). ISBN 3-89117-107-2, 200 Seiten, 20,- DM (zzgl. 4,- DM Versandkosten zu beziehen bei: Gh Kassel FB 13, Infosystem Planung, Henschelstraße 2, 34109 Kassel, ☎ 0561-804-2306, /-2016, Fax: -2232 oder im ABL-Verlag).

Die AG Ländliche Entwicklung veröffentlichte bereits 1995 im ABL-Verlag das Gutachten »Für eine nachhaltige Landwirtschaft in Niedersachsen - Regionale Lösungen für regionale Probleme«. Ebenfalls am Beispiel unterschiedlich strukturierter Landkreise wurden Vorschläge erarbeitet für das Extensivierungsprogramm auf der Basis der EU-Verordnung 1078/92 für umweltgerechte Produktionsverfahren. ISBN 3-9304143-02-7, 270 Seiten, 32,80 DM (zzgl. 4,- DM Versandkosten, zu beziehen beim ABL-Verlag, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Fax: 05242-47838).

Es war einmal...

... ,so fangen Märchen an.

Es war einmal..., so fängt unsere Geschichte an.

Es war einmal ein alter Schäferhof, der vor dem Verfall gerettet und einer an der Landwirtschaft orientierten Nutzung zugeführt werden sollte, damit er in unserem kapitalistisch funktionierenden Land nicht nur Bestand sondern auch ordentliche Verdienstmöglichkeiten und Sicherheit fand. Doch dann, als die Menschen auf dem Hof mit Freude über den Besitz die Hemdsärmel hochkrepelten, um mit der Arbeit zu beginnen, erschien mit drohender Faust..., das Baugesetzbuch mit seinen Paragraphen.

Unser Vorhaben, Ausbau eines ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäudes zu Wohnzwecken, wurde u.a. mit der Begründung abgelehnt, daß der Hof keinem Land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb mehr dient. Was bitte ist eigentlich Landwirtschaft? Wo liegen da die Grenzen? Ein Hof, dessen Landwirtschaft aufgegeben, dessen Ländereien verpachtet und der dann verkauft wurde,

dessen neue Besitzer große Probleme haben um an neue oder auch die alten Ländereien zu kommen und deshalb momentan noch mit unter 5 ha Land versuchen eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft aufzubauen, solch ein Hof ist im Auge des Gesetzes natürlich nicht als landwirtschaftlicher Betrieb anzuerkennen, und kann also nicht erwarten, daß die Menschen, die diese Gesetze vertreten und auslegen, ihm freundlich gegenüberstehen.

Bei der Ablehnung wurden sonstige öffentliche Belange aufgeführt und gleich abgehakt wie zum Beispiel: „Die Zulassung einer Baumaßnahme würde einer geordneten städtebaulichen Entwicklung zuwider laufen.“

Was bitte ist eine geordnete städtebauliche Entwicklung? Es ist zum Schmunzeln, wenn in Briefen der Stadtverwaltung steht: „Stadtteil Rotbusch.“ Wir sind ein Einhof mit Altenteiler. Hier ist rundherum nur Wald. Jedoch mit welchem Recht werden solche, in weitem Umfeld liegenden Anwesen oder Orte gegenüber großen Orten benachteiligt. Sollen alle Bewohner zentralisiert werden? Am besten in einem großen Wohnsilo, damit dem Gesetz genüge getan wird? Durch und mit (oder auch nicht) dem Baugesetzbuch werden Gebäude und Projekte erlaubt und genehmigt, die wie die Faust aufs Auge in unsere Landschaft passen, die nicht nur störend wirken, sondern

zerstörerisch. Überall sieht man die gesichts- und geschichtslosen Betonkisten, die großkotzig aus der Erde gestampft, die sogenannte geordnete städtebauliche Entwicklung darstellen. Ach so, bald hätte ich's vergessen: natürlich sollen und müssen diese dem würdevollen, jahrhundertalten Kulturgut des Fachwerks angepaßt werden. Sie bekommen Fachwerknachbildung aufgenagelt und Plastikfenster und Plastiksprossen eingesetzt.

In der Ablehnung heißt es: „Durch das Vorhaben wird ferner die natürliche Eigenart der Landschaft beeinträchtigt. ... Der Begriff 'Natürliche Eigenart der Landschaft' umfaßt neben dem schönen Landschaftsbild... usw ...“

Ein schönes Landschaftsbild zerstört vom Gesetz durch monotone, großangelegte Weihnachtsbaumkulturen, die nicht nur die Landschaft zerstören, sondern auch den Boden, das Wasser, die neben all den anderen monotonen Kulturen die Vielfältigkeit von Flora und Fauna zu nichte machen. Nun

kommen die neuen Besitzer des alten Schäferhofes, wollen zwar nicht die Welt verbessern, jedoch vor der eigenen Haustür, dieses im Gesetz sogenannte schöne Landschaftsbild wieder so natürlich wie möglich in einer Kulturlandschaft gestalten, um die Vielfältigkeit von Flora und Fauna wieder zu beleben.

Wir brauchen kein schönes Landschaftsbild vom Gesetz vorgeschrieben, denn was ist überhaupt schön?

Immer wieder erfahren wir vom Höfsterben, vom Sterben unserer dörflichen Kultur. Es wird geklagt und gejammert und es werden Rettungsaktionen eingeleitet. Doch Landwirtschaft ist in der modernen Zeit nur noch in riesigen Dimensionen rentabel. Söhne und Töchter der dörflichen Kultur sind chancenlos und finden dort keinen Sinn mehr. Doch die, die nicht so einfach aufgeben, die das Erbe der Alten würdigend weiter lebendig erhalten, bekommen dann das Gesetz zu spüren, sie haben keine Rechte mehr. Doch haben das Gesetz und seine Handlanger überhaupt das Recht dazu, Kultur zu zerstören, Menschen ins Unrecht zu setzen?

Im Märchen heißt es: „Und sie lebten glücklich und zufrieden.“ Bei unserer Geschichte ist das Ende offen und der Kampf mit dem Gesetzesdrachen noch lange nicht beendet.

*Luise Pätzold,
57392 Schmollenberg-Pracht*

■ ■ Bäuerliche Kultur steht einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entgegen ■ ■

Eine Liebesgeschichte

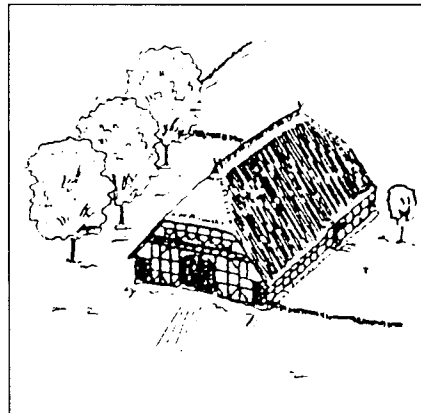
Sie war schwarz, tiefschwarz mit einem bläulichen Schimmer, wie eine mondlose Nacht. Ihr Fell glänzte wie sonst nur das der dämlichen Kötter in der Hundefutterwerbung. Ihre großen, vollendet halbrunden Hörner verliehen ihr einen majestätischen Ausdruck, sie schmückten ihren edlen, schlanken Kopf wie eine Krone.

Die einzige weiße Stelle ihres Haarkleides war die Blesse auf ihrer Stirn, die die Form Südamerikas besaß, wobei sich in topographischer Verirrung an Feuerland noch ein Keck hochgeschwungenes Neuseeland anschloß. Dort, wo an dessen Nordspitze diese letzten weißen Haare in einem Wirbel endeten, genoß sie mein Streicheln am meisten.

Sie hatte lange, elegante Beine und dunkle, zierliche Klauen. Niemals humpelte sie; immer war sie voller Anmut. Wenn sie sich bewegte, hörten die Vögel vor Ehrfurcht auf zu singen. Die Muskeln spielten geschmeidig unter ihrer Haut. Selbst wenn sie lief, schwabbelte das Euter nicht, sondern saß straff und formvollendet an seinem Platz.

Unter Tausenden von Kühen hätte ich sie erkannt. Sie war einfach perfekt; sie anzuschauen hieß, sich einem besonderen ästhetischen Genuß hinzugeben.

Hinzu kam, daß sie außerordentlich zutraulich war. Sie genoß jedes Streicheln und Klopfen – das konnte sehr ärgerlich sein; denn sie ließ sich schlicht nicht treiben. Sogar einen heftigen Klaps, verbunden mit lauten Hüterufen oder wilden Fußstritten,



...aus der holsteinischen Schweiz

schien sie für eine Liebkosung zu halten.

Ich war dreizehn, fast vierzehn, und als meine zweibeinige Freundin Schluß mit mir gemacht hatte – „ich sei zu langweilig, stinke ständig nach Kuh und habe außerdem nicht so ein Mofa wie Dieter, auf dem sie fahren könne“ – ging ich zu ihr, meiner Schmusekuh.

Sie lag auf der Weide; ich setzte mich daneben. Ihre großen Augen glotzten teilnahmsvoll. Ein aufmunternes Rülpsen reichte, um

mich fröhlicher zu stimmen.

Ich bettete meinen Kopf auf ihrem Rumpf und lauschte den beruhigenden Pansengeräuschen. Tröstend kaute sie wieder. Wie gesagt, sie war perfekt. Hätte sie Quote gehabt, ich hätte sie glatt geheiratet. Nur zwei Fehler hatte sie, unwesentliche in meinen Augen: Sie gab wenig Milch und – für mich ein Zeichen ihrer Treue – wurde nicht trächtig. Trotzdem hatte ich schon Pläne für sie ein großes Katzenklo in mein Zimmer zu bauen. Eines Tages dann kam ich aus der Schule. Mein Vater nahm mich beiseite, druckte herum und faselte etwas davon, daß ich tapfer sein müsse.

Sie war weg, weg und ich war wieder allein.

Einige Tage später brachte der Schlachter ihren Schädel mit samt der Hörner vorbei, wie eine Trophäe auf ein Stück Holz genagelt. Ich fand's geschmacklos, aber noch heute ziert ihr Totenkopf unseren Kuhstall, wohl, um böse Geister zu verschrecken.

Niemals wieder ist mir eine wie sie begegnet. Heute geben sie Milch und kriegen Kälber, aber ansonsten fressen und glotzen sie bloß.

Dennoch habe ich mein Glück gefunden. Ich bin immer noch verliebt – in meine Frau.

Ökosteuer für Anfänger

Die Ökologische Steuerreform? Ist die Verteuerung von Energie zugunsten einer Verbilligung von Arbeit? Wer bei dem Thema über diesen Satz hinaus erst einmal in Erklärungsnotstand gerät, dem sei das Buch von Krebs, Reiche und Rocholl empfohlen. Es ist eine leicht zu lesende, weitge-

hend verständliche Einführung in ein von Naturschutzverbänden entwickeltes Konzept, das den oft genug als Schlagwort gebrauchten Begriff Ökologische Steuerreform mit Leben füllt. Gleichzeitig ist es ein flammendes Plädoyer für die Notwendigkeit einer aufkommensneutralen Umschichtung von Geldern zugunsten von Arbeit und Umwelt. Da liegt ein Manko des Buches, hat man doch ab und zu den Eindruck, die Autoren als absolute Verfechter der Idee drücken gern mal ein Auge zu, wenn es darum geht, auch die Schwierigkeiten dieser wichtigen Reform zu sehen. So wird z. B. der ökologische Landbau als ein absoluter Gewinner einer ökologischen Steuerreform dargestellt, da er „durch seinen geringeren Energieeinsatz seine Kosten gegenüber den Großbetrieben in der Landwirtschaft bei höheren Energiepreisen senken kann. Eine Ökologische Steuerreform hilft Biobauern, weil sie mehr Arbeitskräfte und weniger Energie einsetzen...“ Energetisch gesehen, macht es aber keinen Unterschied ob jemand mit der Spritze oder mit dem Striegel über den Acker fährt, gerade agrarische Großbetriebe mit ökonomisch genau ausgeütelten Pflanzenschutzkonzept werden vermutlich sogar weniger Energie auf dem

Feld verbrauchen, als ein striegelnder, hakender, häufelnder Biobetrieb. Die Autoren scheinen allerdings davon auszugehen, daß die Bio's all das hauptsächlich per Hand machen und viele Leuten fest angestellt beschäftigen. Das mag auf einigen Betrieben so sein, die Anzahl der Höfe, die von selbständigen (also nicht von der Senkung der Sozialabgaben profitierenden) Familien mit saisonalen Aushilfskräften (geringfügig beschäftigte, auch keine Vorteile) geführt werden, ist aber mindestens genauso groß...

Nichts desto trotz ist das Buch sehr empfehlenswert für EinsteigerInnen in die Thematik, die es normalerweise vor Sachbüchern eher graust. In jeden Abschnitt läßt sich leicht einsteigen auch ohne die vorherigen Seiten gelesen zu haben (wenn man das Buch am Stück ließt, muß man über Wiederholungen großzügig hinwegsehen). Interessant ist der Abschnitt über Modelle im Ausland, wobei schöner die Manier: 'weniger Länder und die ausführlicher' gewesen wäre. Vorbehaltslos spannend ist der Abschnitt über die bisherige politische Debatte um die Ökologische Steuerreform.

Die Ökologische Steuerreform. C. Krebs, D. Reiche, M. Rocholl, Birkhäuser Verlag, 220 Seiten, 19,80 DM. Zu beziehen im ABL-Verlag.



Agrar-Adressen

Das Standardwerk „Behörden und Organisationen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft“ enthält auch in seiner aktuellen Auflage etwa 10.000 Adressen mit Ansprechpartnern und deren Zuständigkeitsbereichen. Ein nützlicher Helfer für alle, die für agrarpolitische oder geschäftliche Zwecke Kontakte brauchen. en Behörden und Organisationen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft 1998, Behr's Verlag, Hamburg, 620 Seiten, DM 189,50 zzgl Vertriebskosten und MWSt

Kosten und Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes

Diese Studie hat nicht ohne Grund für Aufsehen und Aufregung gesorgt. Denn Professor Waibel (Universität Hannover) und seine Mitautoren haben erstmals systematisch aufgelistet, welche Kosten der chemische Pflanzenschutz im Agrarsektor verursacht: neben Mittel-, Lager- und Ausbringungskosten sind dies externe Kosten, die durch die Belastung von Trinkwasser, Giftschäden an Honigbienen, Rückgang der Artenvielfalt, Lebensmittelüberwachung, Gesundheitsbelastungen und durch die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen entstehen. Wichtige Bereiche wie die chronischen Effekte auf die menschliche Gesundheit, langfristige Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und Auswirkungen des Ausweich- und Vermeidungsverhaltens der Verbraucher sind dabei (mangels Datengrundlage) noch nicht einmal berücksichtigt.

Trotz recht vorsichtiger Schätzung kommen die Wissenschaftler auf jährliche externe (also nicht einzelbetrieblich, sondern gesellschaftlich getragene) Kosten in Höhe von mindestens 250 Millionen DM. Beim Verzicht auf den chemischen Pflanzenschutz werden Nutzeneinbußen von etwa 1,15 Mrd. DM erwartet – also wesentlich weniger als in den bisherigen einschlägigen Studien. Der Wohlfahrtsverlust von 900 Mio DM betrage weniger als 5 % der Nettowertschöpfung des gesamten Agrarsektors. Berücksichtigt ist dabei noch nicht, daß die Landwirtschaft bei Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz ja andere Anpassungsstrategien ergreifen würde, die Ertragsverringere-

rungen begrenzen. Erstaunlich bleibt außerdem, an wie vielen Problemstellen bisher keine ausreichende Datengrundlage existiert.

Selbst unter diesen Vorgaben dokumentiert die Studie nur einen „recht begrenzten Nutzen des Pflanzenschutz-Einsatzes“ und regt an, über Alternativen (wie Abgaben auf Pflanzenschutzmittel) nachzudenken, wodurch andere Anbauverfahren interessanter werden könnten. Vor allem, so Professor Waibel, müsse man eine gesellschaftliche Debatte über die Höhe des chemischen Pflanzenschutzes beginnen.

Daß der Auftraggeber der Studie, das Bundeslandwirtschaftsministerium, an einer solchen Debatte wenig Interesse hat, zeigte sich deutlich: Die Studie blieb lange unter Verschluss und mußte durch die Autoren selbst veröffentlicht werden. Die Bundesregierung ließ verlauten, sie sehe keinen Anlaß, ihre bisherige Pflanzenschutzpolitik zu überdenken. Kein Wunder, daß sich beim

Autor Professor Waibel der Eindruck aufdrängte, daß manche Pflanzenschutzreferenten des Landwirtschaftsministeriums die Interessen der chemischen Industrie vertreten würden. Daß der Industrieverband Agrar die Daten der Studie als umstritten, vage und veraltet hinstellte, ist kaum verwunderlich. Verwunderlich bleibt dagegen, daß Bauernverbandsvertreter die Studie als „dubios“ und „aufgewärmtes Gebräu alter Vorurteile“ diffamierten. Umso mehr sei den Autoren der Studie an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für ihre mutige und wissenschaftlich gründliche Arbeit gedankt, die hoffentlich den Anstoß gibt für eine umfassende gesellschaftliche Debatte über den chemischen Pflanzenschutz. en

Kosten und Nutzen chemischen Pflanzenschutzes in der deutschen Landwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. H. Waibel, G. Fleischer, Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG, 1998, 250 Seiten, 69 DM. Zu beziehen im ABL-Verlag.





Kostprobe, die zweite, aus dem Bildband „Portfolio. Junge Bäuerinnen.“ Bei Irene Rauch, Bäuerin aus dem Landkreis Regen, gibt es keine klassische Arbeitsteilung in der Familie: „Jeder packt da an, wo es gerade notwendig ist. Bei uns muß alles Hand in Hand gehen.“

Der Bildband mit den 12 Porträts niederbayerischer Bäuerinnen ist für 19,80 DM im AbL-Verlag erhältlich.

Bestellcoupon nicht nur für junge Bäuerinnen

- Ich bestelle:
- Expl. Kritischer Agrarbericht '98 (Einzelpreis 36,00 DM) _____ DM
 - Kritische Agrarberichte im Paket zum Sonderpreis siehe AbL-Drucksachen hier oben rechts die Ausgaben der Jahre _____ DM
 - Expl. Leitfaden zur Regionalentwicklung, 32,80 DM _____ DM
 - Expl. Much, Kraut und Rüben, Cartoons zur Landwirtschaft, 29,80 DM _____ DM
 - Expl. Die Wissenschaft und die Bauern, 29,80 DM _____ DM
 - Expl. Einwärts – Auswärts, Beiträge zur Agrarkultur, 36,80 DM _____ DM
 - Expl. Landwirtschaft – Kunst und Nutztier, 25 DM _____ DM
 - Expl. arbeitsergebnisse Nr. 40: Landwirtschaft im Bild der Kunst, 9 DM _____ DM
 - Expl. Portfolio. Junge Bäuerinnen, 19,80 DM _____ DM
 - Postkarten 1 Set (8 Stck.) 10 DM; 10 Sets à 8 Stck. 70 DM _____ DM
 - und außerdem: _____

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto 4,- DM
Summe _____ DM

Konto-Nr.	BLZ	Bank
Name	Adresse	
Datum	Unterschrift	

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

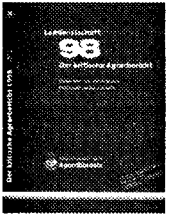
Kritische Agrarberichte

Landwirtschaft '93 - '98 Hrsg. vom AgrarBündnis
 Den Zahlenwerken der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen, selbst Bilanz ziehen, andere Schwerpunkte setzen und Perspektiven vorstellen. Die Kritischen Agrarberichte belegen, daß es trotz einer Politik pro Wachstumslandwirtschaft noch viele Menschen gibt, die für eine menschen-, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft eintreten.

Ausgabe 98: 375 Seiten, DM 36,00; Ausgabe 97: 336 Seiten, DM 36,00; Ausgabe 96: 300 Seiten, DM 32,80; Ausgabe 95: 250 Seiten, DM 29,80; Ausgabe 94 291 Seiten, DM 30,80; Ausgabe 93: 300 Seiten, DM 29,80; alle sechs Ausgaben 115 DM, fünf Ausgaben DM 105, vier Ausgaben DM 95, drei Ausgaben DM 80, jeweils zwei Ausgaben DM 60.

BeissRein Aktionsbroschüre von AgrarBündnis und BUND

Naturschutz ist jedem möglich – täglich und mit jeder Mahlzeit. Viele Aktionsbeispiele und Initiativen werden vorgestellt. DIN A 4, 50 Seiten, DM 5,00



Reihe Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung

Band I, A. Brink und M. Baumgartner, 1989; 156 Seiten, DM 11,80

Band II, Beiträge mehrerer AutorInnen, 1990; 178 Seiten, DM 11,80

Die Zusammenhänge zwischen Umweltauswirkungen landwirtschaftlicher Produktion und Agrarstruktur und die Umweltwirkungen sogenannter moderner Produktionsverfahren werden untersucht.

Band III: Leguminosen – oder wie die Königin des Ackerbaus bei der Wissenschaft in Ungnade fiel

Beiträge mehrerer AutorInnen, 1991; 158 Seiten, DM 16,00

Die Fähigkeit der Leguminose, Luftstickstoff zu binden, wird häufig in Verbindung gebracht mit der Nitratproblematik in Grundwasser und Oberflächengewässern.

Band IV: Lebendige Vielfalt – Biodiversität, Pflanzengenetische Ressourcen, Agrarkultur

Hrsg. von GRAIN und AbL, 1992, 192 Seiten, DM 22,80

Geschichte der Kulturpflanzen, ihre Sammlung und Erfassung; Pflanzengenetische Erosion als Folge der industrialisierten Landwirtschaft und Monopolisierung der Saatgutindustrie; kritische Bewertung des Genbankensystems und der Gentechnik, Alternativen zur bisherigen Entwicklung werden aufgezeigt.



„Reihe BauernWissenschaft“

Band 1: Für eine Nachhaltige Landwirtschaft in Niedersachsen – Regionale Lösungen für regionale Probleme

Hrsg.: AG Ländliche Entwicklung, Kassel 1995; 280 Seiten, DM 32,80

Band 2: Die Wissenschaft und die Bauern, 29,80 DM

Band 3: Arbeit und Belastung bei Bäuerinnen; Vera Lasch, Kassel 1995, 270 Seiten, DM 38

Sonstige Veröffentlichungen und Materialien

Leitfaden zur Extensivierung der (Grün)landwirtschaft

Hrsg. von der Umweltstiftung WWF, 1992; 210 Seiten, DM 25,00

Schwerpunkte sind Grünlandextensivierung, Gülleproblematik und Vermarktung. Zusammenhänge der verschiedenen Handlungsebenen von der Kommunal- bis zur EU-Politik und vom Verbraucherverhalten bis zum ehrenamtlichen Naturschutz.

Die zwei Wege landwirtschaftlicher Reformen

Umweltverträgliche Produktion in bäuerlichen Betrieben oder Ausgleichspolitik, O. Poppinga und Götz Schmidt, 1986, 195 Seiten, DM 5,00

Bleibt auf dem Lande und wehret Euch täglich

Bauernblatt-Aufsätze von 1976-1983, 195 Seiten, DM 10,00

Much: Kraut & Rüben – Cartoons zur Landwirtschaft

Hrsg. von Franz Rest, Österreichische Bergbauernvereingung; 135 Seiten, DM 29,80

Landwirtschaft – Materialien für Schule, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit

Zu den vielfältigen Aspekten der Landwirtschaft (Strukturwandel, Betriebsstillegung, soziale Lage) mit deutlicher Schwerpunktsetzung der Umweltauswirkungen gibt es eine Fülle von Informationen, didaktische Anregungen für Lehrkräfte sowie Arbeitsblätter für SchülerInnen. 128 Seiten, DIN A4, DM 48,00

Folienvorlagen EU-Agrarpolitik,

54 S. DIN A4, Lutz Ribbe, Stiftung Europäisches Naturerbe, 10 DM

Land nutzen – Natur schützen. Von der Konfrontation zur Kooperation

Beiträge einer Tagung der Ev. Akademie Baden und des NABU, 1995, 18,80 DM

Das Kleinbauern Kochbuch; Schweiz 1994, 28 DM

Video Land am Rand, 35 DM



Aufkleber

Bauernhöfe statt Agrarfabriken; DM 2,50; ab 5 Stück DM 2,00

AbL Aufkleber; DM 2,00, ab 5 Stück DM 1,50

Plakat

Bleibt auf dem Lande und wehret Euch täglich
 DIN A2, schwarzweiß, DM 6,50



Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,- Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN

Hof und Arbeit

● Demeterbetrieb im Bergischen Land sucht Lehrling oder Praktikant/in für den Bereich Milchvieh und Milchverarbeitung (Einblicke in andere betriebliche Arbeitsbereiche möglich). ☎ 02053-2306, Fax: -3339
● Stadt-Land-Projekt hat Praktikumsplatz auf Biohof (Gemüsebau) frei. ☎ 0421-76840

Tiermarkt

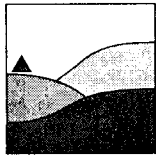
● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

● Schwäbisch Hällische Jungsauen – tragend – zu verkaufen. ☎ 05293-931121

Maschinen

● Verkauft Grünland- und Plantagenschlepper, Systra 750 M, 72 PS, Bj. 8/96, Frontzapfwelle u. -kraftheber, 675 h, Anbaukonsole f. Frontlader, Allradlenkung, neuwertig, DM 55.000,-; Frontmäherwerk Stoll M 225TFS, AB 2,25 m, NP 7.000,- DM; Wender Stoll, NP 6.900,- DM. ☎ 039409-21030

AKADEMIE DER KATHOLISCHEN LANDJUGEND



Die Akademie der Katholischen Landjugend ist eine selbständige Einrichtung der Fort- und Weiterbildung, die ihre Schwerpunkte in den Bereichen Grundsätzliche Fragestellungen des ländlichen Raumes, Regionalberatung, Jugendpolitik im ländlichen Raum sowie die Lebenssituation von Jugendlichen auf dem Land hat.

Für unsere Geschäftsstelle in Bad Honnef suchen wir zum 1. Juli 1998 oder später eine/einen

geschäftsführende/n Referentin/Referenten

Die Arbeitsschwerpunkte dieser Stelle sind:

- Geschäftsführende Aufgaben, Bewirtschaftung öffentlicher Mittel sowie Kontaktpflege zu Institutionen und Behörden
- Konzeption und Weiterentwicklung des Bildungsprogramms insbesondere im Ausbildungsbereich Regionalberatung
- Vorbereitung und Durchführung von bundeszentralen Fort- und Weiterbildungsangeboten
- Marketing für die Bildungsangebote der Einrichtung
- Auswertung und Vermittlung neuer Formen der Jugendbildung im ländlichen Raum

Wir erwarten:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium
- Berufserfahrung in der überregionalen außerschulischen Jugendbildung und/oder ländlichen Erwachsenenbildung
- Erfahrungen im Seminarmanagement
- Kenntnisse der besonderen Situation ländlicher Räume
- Bereitschaft zur Teamarbeit mit den KollegInnen und dem Vorstand der Einrichtung

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an BAT IIa. Der Dienstort ist Bad Honnef. Außerdem erwarten wir die Bereitschaft für einige Monate die Verlagerung des Standortes von Würzburg nach Bad Honnef zu begleiten.

Aussagefähige Bewerbungen mit Zeugnissen, Tätigkeitsnachweisen, Lebenslauf und Lichtbild erbitten wir bis drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Anzeige an Jürgen Juchem, c/o Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf.

Veranstaltungskalender

Fachkongress REENERGIE '98

6. Juni 1998, 9.30 – 12.30 Uhr, Öko-Zentrum NRW, Sachsenweg 8, 89073 Hamm

Vorträge zur Förderung und Rahmenbedingungen für die Nutzung von Biomasse in Deutschland; Stand und Perspektiven der erneuten Holzhackschnitzel-Richtlinie Nordrhein-Westfalen; Stand der Technik zur energetischen Nutzung fester Biomasse; Energetische u. technische Optimierung von Biogasanlagen für unterschiedliche landwirtschaftliche Betriebe; Einsatz kleiner Biogasanlagen in der Landwirtschaft; Kommunales Gesamtkonzept zur Nutzung der Biomasse in Dormagen.

Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Zentrum für nachwachsende Rohstoffe, Haus Düsse, Ostinghausen, 59505 Bad Sasendorf, ☎ 02945-989-190

Neues Denken für DirektvermarkterInnen

9. Juni 1998, Hannover

In 10 Schritten zum Erfolg. Praktische Denkansätze und Maßnahmen, die den DirektvermarkterInnen helfen, ihre individuelle Situation realistischer und besser einzuschätzen. Methoden der Marktbearbeitung, die die Stärken und Schwächen des einzelnen Anbieters berücksichtigen und es ermöglichen, vorhandene Chancen zu erkennen und erfolgreicher

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

TAUSCHRINGE Von der Nachbarschaftshilfe zum Tauschring - Idee und Praxis - Thesen und Denkanstöße **FELDBESETZUNG** gegen erneute Freilandversuche der Firma AgrEvo mit genmanipulierten Pflanzen **ANTIPSYCHIATRIE** Berliner Weglaufhaus Villa Stöckle als Alternative zur Drehtürpsychiatrie, Zwangsmaßnahmen, Psychopharmaka **SEKTE AUF WOCHENMÄRKTE** In über 60 Städten bietet die Sekte »Universelles Leben« unter dem Label »Gut zum Leben« ihre ökol. angebauten Produkte an Ein Schnupperabo (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

BUNTE SEITEN 97/98 Das einzige Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.000 Anschriften aus der BRD, CH, A & internationale Kontaktanschriften. Jetzt mit **Reader der AlternativMedien** im Innenenteil. 1033 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 262 Seiten (DIN A3) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8. Bestellungen über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel. (0 62 21) 16 24 67

zu nutzen.

Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte, ☎ 0511-3487950, Fax: -345768; Akademie für Agrar-Marketing Osnabrück, ☎ 0541-9693175, Fax: 9693064.

Kultur in Adis Scheune

12. / 13. Juni 1998

Zwei Abende voller Musik, Show, Biß und Ironie bringt die Kunsthalle Jamein in die Scheune von Adi Lambke. Am Freitag 12. Juni gastiert die Gruppe Queen B mit ihrem Programm „Wenn Du aufhörst, fang ich an“ (Einlaß ab 19.00 Uhr, Eintritt 30,- DM). Queen B, das sind zwei Damen mit Trash-Charme und gnadenlosen Stimmen, die alles singen, was ihnen gefällt. Am Abend des folgenden Samstags, 13. Juni, sind Die Blauen Engel in Adis Scheune (Eintritt 40,- DM): drei Sängerinnen mit Band, die Kurzweil auf höchstem Niveau darbieten.

Info: Kunsthalle Jamein, 29479 Jamein, ☎ 05864-608

Tag der Kulturpflanze

18. Juni 1998, Ulrici Brüderngemeinde, Alter Zeughof 3, Braunschweig

Samenbröse: Verkauf und Tausch alter und seltener Arten und Sorten. Vortragsreihe: Geschichte der Saatgut- und Saatgutgesetzgebung; Praktische Erhaltungsarbeit; Sammelreisen; Farmers Rights. Info: Ursula Reinhard, Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt, Sandbachstr. 5, 38162 Schandelah, ☎/Fax. 05306-1402

Internationale Seen-Fachtagung im Landkreis Ravensburg

23. – 24. Juni 1998, Weingarten

Experten aus den Ländern Dänemark, Österreich, der Schweiz und Deutschland referieren und diskutieren über die Sanierung von Stillgewässern.

Landratsamt Ravensburg, Aktionsprogramm, Friedenstr. 6, 88212 Ravensburg, ☎ 0751-85610, Fax: -85258, e-mail: LRA@Landkreis-Ravensburg.de, Internet: http://www.seenetz.de/seenprogramm

Gaytaler Gespräche zur Nachhaltigen Regionalentwicklung '98

25. – 27. Juni 1998, Gaytal Park Zentrum, 54675 Körperich

Tagung über die Rolle der Arbeit für eine nachhaltige Regionalentwicklung, über nachhaltige Formen des Arbeitens und

Wirtschaftens. Unsere bisherige Art zu wirtschaften hat dazu geführt, daß uns die bezahlte Arbeit ausgeht. Was geschieht mit der wachsenden Zahl erwerbsloser Menschen? Welche Wege gibt es, eine existenzsichernde Arbeit zu ermöglichen, die auch ökologische Kriterien berücksichtigt? Wie wirkt sich eine nachhaltige Regionalentwicklung auf die Art und Anzahl von Arbeitsplätzen aus? Info: Dr. Ulla Peters, Katja Königstein, Taurus-Institut Uni Trier, Drittmittelgebäude PK 20, ☎ 0651-201-3129, Fax: -3823

Deutscher Landschaftspflege-Tag 1998

27. – 29. Aug. 1998, Jüterbog (Brandenburg)

Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Praxis werden die Chancen und Probleme aufzeigen, die bei der regionalen Vermarktung von Produkten aus extensiver Landwirtschaft und Landschaftspflege vorhanden sind. Dabei wird der durch die EU vorgegebene Rahmen skizziert, die Möglichkeiten der Bundesländer am Beispiel Brandenburgs aufgezeigt und konkrete Pilotprojekte vorgestellt.

Deutscher Verband für Landschaftspflege, Eyber Str. 2, 91522 Ansbach, ☎ 0981-9504-247, Fax: -246

Milch-Handwerk '98 Fachmesse

20. – 21. Sept. 1998, Bad Vilbel bei Frankfurt/M.

Nach der gelungenen Premiere im Jahre 1996 mit rund 1.000 BesucherInnen veranstaltet der Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V. diese Fachmesse nun zum zweiten Mal. Die Milch-Handwerk '98 bietet interessierten Landwirten und Hofkäsereien einen umfassenden Überblick über die zur Milchverarbeitung notwendigen Maschinen, Geräte und Zubehör. Begleitet wird die Messe durch ein umfassendes Rahmenprogramm mit Fachvorträgen rund um die Milchverarbeitung.

Verband für handwerkliche Milchverarbeitung, Hohenbercha 23, 85402 Kranzberg, ☎ 08166-684218, Fax: -6274

Pädagogische Zugänge zu Nutztieren

1. – 2. Okt. 1998, Witzzenhausen

Themen der Tagung: Natur- (Tier)erfahrung bei Kindern und Jugendlichen; Nutztiere als Inhalte schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit; Mehr als Fleisch: ein Metzgereiunternehmen und sein Kommunikationskonzept vom Nutztier; Didaktische Entwürfe, Arbeitshilfen und Medien (Info-Börse); Strukturierte Erlebnis- und Begegnungsfelder (Bedeutung der Tierkontakte für die kindliche Entwicklung). Tagung in Zusammenarbeit mit der Ev. Landjugendakademie Altenkirchen.

Info: Univers. Gesamthochschule Kassel, FG Angewandte Nutztierhaltung und Artgemäße Tierhaltung, z. Hd. Frau Simantke, Nordbahnhofstr. 1, 37213 Witzzenhausen, ☎ 05542-981644, Fax: -981588.

EUREGIA

28. – 31. Okt. 1998, Messe Leipzig

Fachmesse und Kongress zur Dorf-, Stadt- und Regionalentwicklung in Europa. Info: neuLand GbRmbH, Esbach 6, 88326 Aulendorf, ☎ 07525-91044, Fax: -91045

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 – 22731



Johann Otto ist da!

Wir freuen uns sehr über seine Geburt.

Catharina Voß, Clara Sophie und

Wolfgang Eisenberg

Bösen, am 27. April 1998

Zukunftslandwirtschaft



**Agrarpolitische Fachtagung der AbL
in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für politische Bildung e.V.**

26. – 27. Juni 1998 in Würzburg, Akademie Frankenwarte

Freitag, 26. Juni 1998

bis 15 Uhr Anreise, Zimmerverteilung, anschließend Kaffee, Tee und Kuchen
16.00 Uhr Begrüßung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und den AbL-Bundesvorstand

I. Zukunftslandwirtschaft und Agrarpolitik

16.15 Uhr Rot-grüne Agrarpolitik auf dem Prüfstand – eine Perspektive für Bonn?
Referentin: **Bärbel Höhn**, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen
18.00 Uhr Abendessen,

II. Zukunftslandwirtschaft und Interessenvertretung

19.00 Uhr Podiumsdiskussion mit: **Christine Hertrich**, KLJB Bundesvorstand, **Romuald Schaber**, KRISENSTAB Allgäu e.V., **Ludwig Dinkel**, Präsident des Bayerischen Bauernverbands Oberbayern, **Friedrich Wilhelm Graefe** zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender

Samstag, 27. Juni 1998

III. Zukunftslandwirtschaft und Umwelt

9.15 Uhr Zukunftslandwirtschaft aus der Sicht des Umweltbundesamtes. **Prof. Dr. Andreas Troge**, Präsident des Umweltbundesamtes, Berlin
10.00 Uhr Podiumsdiskussion mit: **Prof. Dr. Troge**, **Prof. Dr. Hubert Weiger**, Agrarsprecher des BUND, **Stefan Rösler**, Landesvorsitzender NABU Baden-Württemberg, **Lutz Ribbe**, Direktor der Stiftung Europäisches Naturerbe, **Wolfgang Reimer**, Stellv. AbL-Bundesvorsitzender
12.00 Uhr Ende der Tagung, Mittagessen

Unterstützung der Tagung durch: Gesellschaft für politische Bildung e.V. und Stiftung Europäisches Naturerbe. Tagungsbeitrag: 110,00 DM. Anmeldung bis 5. Juni 1998 bei: AbL-Bundesgeschäftsstelle, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Fax: 05242-47838, oder: Akademie Frankenwarte, ☎ 0931-804640, Fax: -8046444

Ich werde Mitglied in der



Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,- |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, davon mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bittesenden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎+ Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Heiberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎+ Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckei, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 5273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Laubacherweg 2, 55471 Neuerkirch ☎ 06761/13558, Fax: 06761/13568
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Dieter Kolb, ☎ 07947/7789; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Eible, ☎ 07808/1311
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Hans-Bernd Hartmann, 59505 Bad Sassen-dorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

„Wir brauchen jeden Stengel“

Der Berliner Polizeipräsident dürfte der kommenden Cannabis-Erntesaison im Spätsommer mit gemischten Gefühlen entgegensehen: Der Vorstandsvorsitzende der TreuHanf AG, Matthias Schillo, hat die Berliner Homegrower während einer Pressekonferenz des Bündnisses Hanfparade e.V. vor dem Roten Rathaus dazu aufgerufen, ihren nicht zu Rauchzwecken geeigneten Ernteabfall, die Stengel der Hanfpflanzen, anonym an den Berliner Polizeipräsidenten zu schicken. „Wir bieten dem Polizeipräsidenten an“, so Schillo, „daß wir solche Ware sofort abholen und unter voller Kontrolle zu Industrieprodukten weiterverarbeiten.“

Hintergrund: Die TreuHanf AG betreibt seit 1997 in Zehdenick im Norden Berlins eine Hanffabrik. Dort habe man nun einen Riesenauftrag über die Herstellung von 400.000 Quadratmetern Dämmfilz aus Hanffasern erhalten. Und bei einer solchen Menge werde der „Rohstoff knapp.“ Schillo: „Werfen Sie Ihre Hanfreste nicht weg. Wir brauchen jeden Stengel für unsere Baustoffproduktion.“ Mit der Unterstützung öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie dieser versucht das Bündnis Hanfparade e.V. derzeit, die Mobilisierung für die am 29. August stattfindende Hanfparade in Berlin voranzutreiben. Motto: „Wählt Hanf! Legalisierung jetzt!“ Ein weiteres Mal wurde von den anwesenden Hanflobbyisten aus Parteien, Wirtschaft, Medien und Medizin die Vielseitigkeit



Hanf statt Kohl

der Pflanze als Rohstoff, Medizin und Genußmittel proklamiert. Alle forderten – wie immer – die Legalisierung von Cannabis, dessen Gefährlichkeit ein Redner mit der von Kaffee gleichstellte. Aber Vorsicht: „Im frühen 19.

Jahrhundert mußte ein Kaffeetrinker in manchen deutschen Fürstentümern noch mit der Todesstrafe rechnen“, so Robert Salinger vom Hanf-Händlerverband. Parteipolitische Statements gingen in die folgende Richtung: „Ich habe keinen Bock, mir meine Lebensform von alkoholisierten Rentnern in Bonn vorschreiben zu lassen“, sagte Freke Over, Berliner Landtagsabgeordneter der PDS, „wir kiffen soviel wie wir wollen.“ Applaus aus dem Publikum. Kritik an der Kampagne vom Bündnis Hanfparade wagte lediglich ein Vertreter der Jungdemokraten zu üben. Er warf der Cannabislobby vor, zu „biedermännisch“ zu sein. Parallel zur Forderung nach Legalisierung von Cannabis müsse dies selbstverständlich auch für Substanzen wie Heroin und Kokain gefordert werden. Und: mit seiner unreflektierten politischen Ausrichtung unterstütze das Bündnis kritiklos das kapitalistische System, ohne es nur mit einem Wort in Frage zu stellen. Inzwischen kreisten im Publikum längst die ersten Joints.

von Volker Wartmann, erschienen in der *Jungle World* am 29. April.

Auch wir können jeden Stengel, bzw. jeden Strohalm gebrauchen, der sich bietet. Deshalb sollten alle HomegrowerInnen neben ihren Päckchen an den Berliner Polizeipräsidenten, den unten auf dieser Seite angebrachten Coupon ausgefüllt an uns abschicken. Für alle anderen (Gras und Grain-)GrowerInnen und Nicht-GrowerInnen der Szene gilt das natürlich auch.

UNABHÄNGIGE

6/98

längst legal

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242 -47838